

1	Inhaltsverzeichnis	
2	Soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit für Wuppertal	3
3	Wuppertals Schulden – es gibt Lösungen	4
4	Entschuldung der Kommunen durch Bundes- und Landesregierung	4
5	Soziale Gerechtigkeit für Wuppertal – bezahlbar, inklusiv, solidarisch	5
6	Bezahlbares Wohnen	5
7	Inklusion und Barrierefreiheit für eine gerechte Stadt.....	5
8	Wohnungslosigkeit wirksam bekämpfen	6
9	Obdachlosigkeit verhindern und lindern.....	6
10	Schutz und Hilfe in Krisen.....	6
11	Wuppertal ist bunt – das fordert uns alle!.....	7
12	Integration als Schlüssel	7
13	Rassismus entschlossen entgegnetreten: Schutz und Unterstützung für Betroffene.....	8
14	Gegen Diskriminierung: Für eine inklusive Gesellschaft	8
15	Gemeinsam ankommen: Eine partizipative Ankommenskultur gestalten	8
16	Eine moderne und bürgernahe Ausländerbehörde	9
17	Kinder und Jugend	9
18	Zukunft schützen: Keine Kürzungen auf Kosten der Schwächsten!.....	9
19	Zeitgerechte Kinder-Tagesstätten	10
20	Kinderarmut	10
21	Freizeitgestaltung	11
22	Umfeld zuhause	12
23	Schule und Bildung	13
24	Schulalltag	13
25	Gerechtigkeit im Schulsystem	14
26	Multiprofessionelle Teams.....	14
27	Sanierung.....	15
28	Digitalisierung	15
29	Schutzkonzepte	16
30	Mobilität und Kultur	16
31	Zusammenarbeit der Schulen	16
32	Ausbildung	17
33	Weiterbildung... ..	17
34	Kultur öffnet Räume – für Begegnung, Vielfalt und Zusammenhalt	17
35	Zugang schaffen – Teilhabe ermöglichen	18
36	Kultur fördern – nicht kürzen	18

37	Kulturschaffende absichern – Vielfalt stärken.....	19
38	Perspektiven schaffen – Ideen fördern.....	19
39	Erinnerungskultur bewahren – Denkmäler schützen	19
40	Wir schützen Menschen, deshalb das Klima	20
41	Was die Stadt sagt – und was wir fordern.....	20
42	Für eine gerechte, ökologische und zukunftsfähige Verkehrswende in Wuppertal.	
43	Fußgänger:innen und nachhaltige Mobilität fördern	22
44	Fußgänger:innenfreundliche Verkehrsführung.....	22
45	Mehr autofreie Innenstädte und lebenswerte Quartiere	23
46	Sicherheit durch Temporeduzierung	24
47	ÖPNV für alle: sozial und leistungsfähig	24
48	Infrastruktur für den Radverkehr massiv ausbauen	24
49	Weniger Autos, mehr Platz für Menschen	26
50	Bauen und Stadtentwicklung: Wuppertal sozial und ökologisch gestalten	26
51	Wohnen ist ein Menschenrecht – kein Spekulationsobjekt	26
52	Spekulation mit Boden stoppen – Stadtentwicklung in öffentliche Hand	27
53	Stadtentwicklung für die Menschen – demokratisch, ökologisch, sozial.....	27
54	Großprojekte demokratisch und nachhaltig gestalten	28
55	Sozial-ökologischer Umbau – Wuppertal fit für die Zukunft machen	28
56	Stadtentwicklung neu denken – vernetzt, inklusiv, solidarisch	29
57	Wirtschaft, Arbeit und Nachhaltigkeit.....	29
58	Eine gerechte und zukunftsfähige Beschäftigungspolitik für alle	30
59		
60		

61 Soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit für Wuppertal

62 Dieses Programm ist der Kompass für das kommunale Handeln der Partei Die Linke. Wir bieten
63 den Menschen die Gewissheit, dass soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit für uns bei den
64 künftigen kommunalen Entscheidungen vorne stehen. Wir geben unsere Grundwerte - Gutes
65 Leben und Gute Arbeit, Bürger:innenbeteiligung und Basisdemokratie - nicht für Ratskoalitionen
66 auf. Wir wollen verändern, nicht regieren. Wir wollen unseren Einfluss auf allen Ebenen -
67 innerhalb des Rates und außerhalb – ausweiten, um unsere Haltung und Überzeugung praktisch
68 zu machen.

69 Wir brauchen auch in Zukunft eine lebenswerte Umwelt. Wir wollen Menschen schützen,
70 deshalb muss der Klimawandel abgebremst, gestoppt und umgekehrt werden. Das erfordert
71 auch konkretes klimagerechtes Umsteuern hier in Wuppertal. Es geht um die Art, wie und was
72 produziert wird. Es geht darum, wie das Leben, Wohnen, die Mobilität und die öffentlichen
73 Dienstleistungen organisiert werden – und das muss sozial verträglich sein.

74 Die Menschen müssen Arbeit finden, von der sie leben können. Alle Menschen müssen mobil
75 sein und das bezahlen können.

76 Alle Menschen brauchen bezahlbaren, barrierefreien und altersgerechten Wohnraum.

77 Die Lebenschancen aller Menschen dürfen nicht von der Haushaltslage abhängen; der
78 Sozialstaat muss wieder stärker werden. Wir stemmen uns gegen eine geteilte Stadt in Arm und
79 Reich.

80 Auch wenn wir heute nicht wissen können, welche Entscheidungen möglicherweise in den
81 nächsten Jahren auf die Kommunalpolitik zukommen, wird sich Die Linke bei ihren
82 Entscheidungen an diesem Kompass orientieren und ihre Forderungen danach ausrichten. Die
83 Linke Wuppertal hat Schwerpunkte gesetzt in dem Wissen, dass damit nicht alle Bereiche
84 abgedeckt sind. In diesem Programm wird ihr besonderer Stellenwert durch eigene Kapitel
85 hervorgehoben. Unsere Forderungen sind auch nur umzusetzen, wenn es eine fortschrittliche
86 Ratsmehrheit und eine entsprechende Mobilisierung in der Stadtgesellschaft gibt. Darum ist
87 unsere allererste Forderung, dass es keinen öffentlichen oder privaten Raum für antisemitische,
88 rassistische und andere menschenverachtende Anschauungen und Organisationen geben darf.

89 Die Linke setzt sich konsequent dafür ein, dass rechtsradikale Positionen in der Stadt und im Rat
90 keinen Einfluss auf die Stadtpolitik nehmen können. Nazigesinnung, Fremdenfeindlichkeit,
91 Diskriminierung und Vorurteile gegen Menschen dulden wir nicht. Wir arbeiten deshalb mit allen
92 zusammen, die sagen: Wuppertal bleibt bunt, sozial und solidarisch!

93

94 Wuppertals Schulden – es gibt Lösungen

95 Die wieder ansteigenden Schulden der Stadt haben auch mit eigenem Versagen zu tun, aber vor
96 Allem mit der unzureichenden Finanzierung durch Bund und Land: Aufgaben werden übertragen
97 wie die Versorgung und Beratung in verschiedensten Bereichen, aber die Finanzierung ist nicht
98 auskömmlich. So türmen sich Schulden auf!

99 In allen Bereichen fehlt Geld: Die Schulpauschale ist zu niedrig, um den Sanierungsstau
100 aufzulösen. Sozialaufgaben sind gesetzlich vorgeschrieben, aber wenn die Zahl der Bedürftigen
101 steigt, steigt die Zuweisung des Landes nicht. Daher warten Menschen lange auf einen Termin
102 bei der Schuldner- oder Suchtberatung, suchen händeringend einen KiTa-Platz oder einen im
103 Ganztage der Grundschulen.

104 Dass sich das ändern muss, eint angeblich alle Parteien, aber die Bundes- bzw. Landesregierung
105 tun seit Jahren: NICHTS. Jetzt soll sich das ändern: Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist
106 von Entschuldung der Kommunen die Rede, die Landesregierung will ebenfalls Millionen
107 bereitstellen, um die Kommunen zu entlasten.

108 Um der Schuldsituation Herr zu werden, hat die Linke auf Landes- und Bundesebene diverse
109 Maßnahmen vorgeschlagen. Wir kämpfen hier mit aller Macht für einen Schuldenschnitt, aber
110 auch für Reformen bei den Einnahmen der Kommunen, damit nachhaltig ein ausgeglichener
111 Haushalt geschaffen werden kann.

112 Das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden! Bundes- und Landesregierung haben den
113 Kommunen Aufgaben übertragen, ohne für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu
114 sorgen. Das muss sich ändern. Wir fordern: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.

115 Entschuldung der Kommunen durch Bundes- und Landesregierung

- 116 • Die Linke fordert eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils am
117 Steueraufkommen des Landes NRW von derzeit 23 Prozent auf rund 28 Prozent. Dieser
118 Anteil wurde früher in NRW tatsächlich erreicht.
- 119 • Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindefortschrittssteuer weiterentwickelt werden.
120 Dabei sollen größere Betriebe stärker besteuert werden als kleine. Die Gewerbesteuer ist
121 neben der Grundsteuer die einzige bundeseinheitlich geregelte, originäre
122 Kommunalsteuer, bei der Städte und Gemeinden über ein eigenständiges Hebesatzrecht
123 verfügen.
- 124 • Die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 geforderte Reform der
125 Grundsteuer darf nicht zu weiteren Belastungen der Mieter:innen führen. Die
126 Regelungen in NRW, die das Grundsteueraufkommen aufkommensneutral halten sollen,
127 führen jedoch zu einer stärkeren Belastung von Wohngrundstücken, während
128 Geschäftsgrundstücke eher entlastet werden. Die Linke unterstützt die im Landesgesetz
129 vorgesehene Möglichkeit, die Hebesätze zu splitten und so Wohngebäude geringer zu
130 belasten. Falls das Landesmodell mit dem differenzierten Grundsteuerhebesatz vor
131 Gericht für verfassungswidrig erklärt werden sollte, fordern wir einen Ausgleich der
132 Steuerausfälle der Kommunen durch das Land.
- 133 • Die Linke will die Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der Betriebskosten-
134 verordnung aufheben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer B ausschließlich
135 von den Eigentümer:innen entrichtet wird. Die Grundsteuer B ist bislang voll umlagefähig
136 und wird den Mieter:innen bei den Mietnebenkosten in Rechnung gestellt. Viele
137 Menschen, die mit immer weiter steigenden Mieten kämpfen, haben zu Recht Sorge vor
138 einem Nebenkosten-Hammer.

- 139 • Die Linke unterstützt die Anwendung der Grundsteuer C, die in NRW gesetzlich neu
140 eingeführt wurde. Dadurch können baureife, aber noch nicht bebaute Grundstücke
141 höher besteuert werden, um im Falle des Mangels an Bauland Spekulation
142 entgegenzuwirken.
- 143 • Die Steuerpolitik muss gerechter werden! Wir fordern die Einführung einer
144 Millionärssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer sowie eine gerechte Besteuerung von
145 Unternehmen, um die Kommunen nachhaltig zu finanzieren.

146 In der Zwischenzeit:

- 147 • Keine Prestigeprojekte wie die BuGA mehr
148 • Ausgaben sollen der Allgemeinheit dienen statt kulturellen oder finanziellen Eliten

149 Soziale Gerechtigkeit für Wuppertal – bezahlbar, inklusiv, solidarisch

150 Bezahlbares Wohnen

151 Wohnen ist ein Grundrecht. In Wuppertal explodieren die Mieten, während Sozialwohnungen
152 verschwinden. Die Stadt muss endlich handeln – mit einer konsequent sozialen
153 Wohnungspolitik.

- 154 • Städtischen Grund ausschließlich verpachten – Verkauf stoppen! Der Rat der Stadt
155 Wuppertal muss beschließen, öffentliches Eigentum nicht mehr zu verkaufen; neue
156 Nutzungen sind nur noch im Erbbaurecht zu vergeben, um Spekulation auszuschließen.
157
- 158 • Barrierefreien, bezahlbaren Wohnungsbau massiv ausweiten! Sozialer Wohnungsbau
159 muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren; § 49 LBauO NRW
160 (barrierefreies Wohnen) ist konsequent umzusetzen.
- 161 • Sozialquote auf mindestens 30 % anheben und Vorkaufsrecht nutzen! Die Sozialquote
162 bei Neubauten muss auf mindestens 30 % steigen; die Stadt hat ihr gesetzliches
163 Vorkaufsrecht aktiv auszuüben, um Wohnungen der Spekulation zu entziehen.
- 164 • Wohnraumregister, Zweckentfremdungssatzung und soziale Nutzung von Leerstand jetzt
165 umsetzen! Die Stadt muss ein öffentliches Wohnraumregister erstellen, das Leerstand
166 vollständig erfasst, Transparenz für Mieter:innen schafft und den Handlungsbedarf der
167 Stadt klar aufzeigt, nach dem Wohnraumstärkungsgesetz NRW eine
168 Zweckentfremdungssatzung erlassen, um spekulativen Leerstand und zweckfremde
169 Wohnraumnutzung konsequent zu stoppen und Leerstand gezielt für soziale Zwecke
170 anmieten bzw. durch die kommunale GWG aufkaufen.

171 Inklusion und Barrierefreiheit für eine gerechte Stadt

172 Eine wirklich inklusive Stadt garantiert allen Menschen volle Teilhabe – unabhängig von
173 Behinderung, Herkunft oder Einkommen.

- 174 • Behördenkommunikation mehrsprachig und in leichter Sprache sicherstellen! Alle
175 Anträge (z.B. Grundsicherung, Schwerbehindertenausweise) müssen barrierefrei,
176 verständlich und mehrsprachig vorliegen; mehrere Beratungsangebote sollen – nach
177 dem Vorbild des Hauses der Integration – langfristig an zentralen Orten gebündelt
178 werden.
- 179 • Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) flächendeckend aufbauen! Die Zahl der
180 Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung muss erheblich erhöht werden, um
181 flächendeckende Unterstützung sicherzustellen.

- 182 • Stadtteilzentren und soziale Beratungsstellen dauerhaft finanzieren! Einrichtungen wie
183 das Nachbarschaftsheim Ostersbaum, Tacheles e.V. und die Färberei müssen
184 verlässlich und langfristig gefördert werden.
- 185 • Barrierefreie Spielplätze und Aufenthaltsbereiche schaffen! Spielplätze sind mit
186 barrierefreien Spielgeräten auszustatten; auch Aufenthaltsbereiche für Eltern müssen
187 barrierefrei sein.
- 188 • Barrierefreien Zugang zu allen Gesundheits- und Sozialangeboten garantieren! Nicht nur
189 Krankenhäuser, auch Ärzte und Physiotherapiepraxen müssen barrierefrei erreichbar
190 sein.

191 Wohnungslosigkeit wirksam bekämpfen

192 Wohnungslosigkeit ist keine persönliche Schuld, sondern Folge verfehlter Politik. Wuppertal
193 muss langfristige Lösungen schaffen.

- 194 • Housing First Programm verstetigen und ausbauen! Housing First bedeutet:
195 Wohnungslose Menschen erhalten sofort eine eigene, mietvertraglich gesicherte
196 Wohnung – ohne Vorbedingungen – und bekommen anschließend bedarfsgerechte
197 Sozial und Gesundheitsunterstützung. In Wuppertal läuft seit Sommer 2024 ein Housing
198 First Modellprojekt; laut Sozialamt muss es verstetigt und kommunal finanziert werden.
199 Wir unterstützen dieses Ziel und fordern seine zügige Ausweitung auf alle
200 Wohnungslosen.
- 201 • Sozial- und Schuldnerberatung umfassend sichern! Die Stadt muss die
202 Beratungskapazitäten ausbauen: Seit 2013 hat sich die Zahl der Beratungen durch die
203 Diakonie in Wuppertal mehr als verdoppelt – ein Anstieg um 58 % belegt den
204 wachsenden Bedarf an niedrigschwelliger Hilfe. Zudem fehlen unterstützende Angebote
205 zur Wohnungssuche – ein ausgebautes Betreuungsangebot ist dringend erforderlich.
206
- 207 • Kommunalen Notfallfonds gegen Wohnungsverlust einrichten! Ein Fonds der Stadt muss
208 Mieter:innen helfen, Krisen zu überbrücken und Mietschulden abzuwenden.

209 Obdachlosigkeit verhindern und lindern

210 Menschen auf der Straße brauchen sofortige Hilfe und Schutz.

- 211 • Mobile Hilfsangebote ganzjährig bereitstellen! Kälte und Wärmebusse, Kältehotline
212 sowie ein Duschfahrzeug müssen dauerhaft finanziert und betrieben werden.
- 213 • Notschlafstellen bedarfsgerecht ausbauen und menschenwürdige Standards sichern!
214 Der Bedarf ist in den letzten Jahren stark gestiegen: Laut Statistik des Sozialamts hat
215 sich die Zahl der Übernachtungen in Obdachlosenunterkünften allein von 2023 auf 2024
216 verdoppelt. Die Kapazitäten müssen daher deutlich erhöht werden; Dabei sollte die
217 Quote an Einzelzimmern so hoch wie möglich gehalten werden, um menschenwürdige
218 Unterbringung zu garantieren.

219 Schutz und Hilfe in Krisen

220 *Schutz vor häuslicher Gewalt*

- 221 • Plätze in Frauenhäusern deutlich ausweiten und kommunal finanzieren! Wuppertal
222 muss die Zahl der Schutzplätze erhöhen und die Finanzierung dauerhaft sicherstellen.
- 223 • Frauenberatungsstelle retten – Personalkosten sichern! Die schwarz-grüne
224 Landesregierung lässt Hilfsangebote für Gewaltbetroffene finanziell austrocknen – mit
225 dramatischen Folgen. Die FrauenBeratung Wuppertal muss nun 20 % ihres Budgets

226 selbst aufbringen, obwohl sie längst am Limit arbeitet. Die Folge: akute Gefährdung der
227 Arbeitsplätze und der Versorgung betroffener Frauen. Wir fordern: Die Stadt Wuppertal
228 muss die fehlenden Mittel dauerhaft übernehmen und insbesondere die vollständige
229 Finanzierung der Personalkosten sicherstellen. Schutz und Beratung für Gewalt-
230 betroffene sind unverzichtbar. Eine Stadt, die Hilfe verspricht, muss sie auch verlässlich
231 finanzieren.

232 *Streetwork, Suchtprävention und Drogenhilfe*

- 233 • Mehr Streetworker und Sozialarbeiter Teams finanzieren! Aufsuchende Sozialarbeit
234 muss ausgebaut werden, um Menschen in schwierigen Lebenslagen gezielt zu erreichen.
235 Laut Sozialamt ist die derzeitige Zahl der Streetworker:innen für den gestiegenen Bedarf
236 unzureichend, dabei ist aufsuchende Sozialarbeit ein wirksames Mittel der Prävention
237 sozialer Notlagen.
- 238 • Weitere Konsum und Aufenthaltsräume schaffen und Drogenhilfe ausbauen! Die Stadt
239 ist verpflichtet, zusätzliche geschützte Räume einzurichten und bestehende Angebote
240 der Drogenhilfe auszubauen.

241

242 **Wuppertal ist bunt – das fordert uns alle!**

243 Wuppertal hat eine lange Zuwanderungsgeschichte: Nicht nur durch den II. Weltkrieg wurden
244 Menschen entwurzelt, sondern bereits in den 50er Jahren folgten viele Menschen aus armen
245 südeuropäischen Regionen, später auch nordafrikanischen und der Türkei der Verheißung auf
246 gut bezahlte Arbeit und eine Perspektive für ihre Familie. Diese sog. „Gastarbeiter“, zuerst nur
247 junge Menschen, wurden allerdings schwer enttäuscht; rassistisch diskriminiert, ausgebeutet,
248 mit wenig Deutschkenntnissen blieben sie immer die „Ausländer“ trotz ihrer vielfältigen
249 Bemühungen, sich einzufügen. Allein die Gewerkschaften am Arbeitsplatz nahmen sich ihrer an,
250 aber weder gab es für ihre Familien Unterstützung bei der Integration noch für ihre nachgeholten
251 Kinder in der Schule.

252 Diese Erinnerungen haben Narben hinterlassen. Das können wir nicht ändern, aber heute
253 unsere Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse von migrantischen Menschen richten, die nicht neu
254 zugezogen sind: in der Altenpflege, in der kommunalen mehrsprachigen Beratung (z.B. wie in der
255 Sparkasse), beim Erhalt der Mehrsprachigkeit ihrer Kinder und Enkel.

256 **Integration als Schlüssel**

257 Es gibt viele Argumente, warum eine gute Integration in unsere Gesellschaft wichtig ist. Einmal
258 um die Isolierung der Menschen zu überwinden; damit der Gefahr einer Radikalisierung
259 entgegenzuwirken; um Menschen zu Fachkräften auszubilden und vor allem als Mensch mit all
260 ihren Fähigkeiten anzuerkennen.

- 261 • Gezielte Sprach- und Weiterbildungsförderung
- 262 • Ausbau von Integrations- und Sprachangeboten an der VHS und anderen
263 Bildungsträgern
- 264 • Unterstützung bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen
- 265 • Förderung der Willkommenskultur

266 Unser Ziel: Eine Gesellschaft, in der Zuwandernde willkommen sind, ihre Potenziale entfalten
267 können und einen wertvollen Beitrag zur Gesellschaft leisten können.

268 **Rassismus entschlossen entgentreten: Schutz und Unterstützung für** 269 **Betroffene**

270 Rassismus ist eine unerträgliche Realität, die Menschen tief verletzt und unsere Gesellschaft
271 spaltet. Wir stehen an der Seite der Betroffenen und setzen uns für ihren Schutz und ihre Rechte
272 ein.

- 273 • Rechtliche Unterstützung als Schutzschild
- 274 • Psychologische Betreuung zur Stärkung der Betroffenen
- 275 • Ausbau des psychosozialen Dienst der Stadt Wuppertal

276 Unser Ziel: Eine Gesellschaft, in der Rassismus keinen Platz hat und in der Betroffene
277 umfassende Unterstützung und Schutz erfahren

278 **Gegen Diskriminierung: Für eine inklusive Gesellschaft**

279 Wir setzen uns aktiv für eine Gesellschaft ein, in der Vielfalt respektiert und Diskriminierung
280 konsequent bekämpft wird.

- 281 • Ausbau der Antidiskriminierungsberatung zur Unterstützung von Menschen mit
282 Diskriminierungserfahrungen um ihre Rechte durchsetzen zu können
- 283 • Stärkung lokaler Strukturen durch gezielte Förderung von unabhängigen Vereinen und
284 Initiativen, durch langfristige Unterstützungsleistung. Aufstockung der Mittel um
285 zusätzliche Stellen im Bereich der Antidiskriminierungsstelle der Stadt Wuppertal zu
286 schaffen.
- 287 • Aufklärung und Sensibilisierung durch Beratungsangebote, Projekte und
288 Veranstaltungen, auch in Schulen, um einen Grundstein für eine Gesellschaft ohne
289 Diskriminierung zu legen.

290 Unser Ziel: Eine Gesellschaft, in der jeder Mensch gleichwertig behandelt wird und in der
291 Diskriminierung keinen Platz hat.

292 **Gemeinsam ankommen: Eine partizipative Ankommenskultur gestalten**

293 Wir setzen auf eine Ankommenskultur, die Zuwandernde nicht als passive Empfänger von
294 Maßnahmen betrachtet, sondern sie aktiv in die Gestaltung ihres neuen Lebensraums
295 einbezieht.

- 296 • Bedarfserhebung als Grundlage für passgenaue Unterstützung, mit den Menschen
297 reden, statt über sie
- 298 • Stärkung von Patenschafts- und Lotsenprogramme
- 299 • Förderung interkultureller Begegnungen, durch Feste und Veranstaltungen. Beispiel
300 Berlin: Karneval der Kulturen
- 301 • Aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, indem die Menschen ermutigt werden in
302 Vereinen, Ehrenämtern und politischen Parteien mitzuwirken
- 303 • Beratungs- und Unterstützungsangebote für Studierende der BUW (Bergische Universität
304 Wuppertal) aus anderen Ländern

305 Unser Ziel: Eine offene und inklusive Stadtgesellschaft, in der sich alle Menschen willkommen
306 fühlen und ihre Potenziale entfalten können.

307 Eine moderne und bürgernahe Ausländerbehörde

308 Die Ausländerbehörde ist für viele Menschen ein zentraler Anlaufpunkt. Wir setzen uns dafür
309 ein, dass dieser Ort effizient, transparent und menschenwürdig gestaltet wird.

- 310 • Personalaufstockung und Digitalisierung, um Bearbeitungszeiten zu beschleunigen,
311 Anträge zu vereinfachen und barrierefrei zu gestalten
- 312 • Menschenwürdige Wartebedingungen
- 313 • Bündelung von Beratungsangeboten, durch Beratung durch Jobcenter, Vereine und
314 anderen Einrichtungen, Einrichtung von Sprachmittler und Sprachcafes

315 Unser Ziel: Eine Ausländerbehörde, die als moderner Dienstleister agiert, Integration aktiv
316 fördert und durch Effizienz, Freundlichkeit und Zugänglichkeit überzeugt.

317 Kinder und Jugend

318 Der Grundstein für die persönliche Entwicklung wird in der Kindheit und Jugend gelegt. Damit
319 alle sich nach ihren Möglichkeiten und Interessen entwickeln können und die Gesellschaft
320 durch ihre Einzigartigkeit mitgestalten können, sind sichere Orte und Freiräume für Kinder und
321 Jugendliche nötig, in denen sie ihre Identität, Stärken und Interessen finden können. Zugang zu
322 Bildung, zu Kunsträumen und Kulturorten, zu Sportstätten und -vereinen und zu Freizeitorten
323 soll möglichst kostenlos sein, um allen zur Verfügung zu stehen.

324

325 Zukunft schützen: Keine Kürzungen auf Kosten der Schwächsten!

326 Aufgrund der Haushaltssituation der Stadt Wuppertal wurden Kürzungen in vielen Bereichen
327 angedroht. Vor allem die Schwächsten der Stadtgesellschaft, Kinder und Jugendliche sind
328 gefährdet, wichtige Angebote zu verlieren. Vor allem Beratung zu Themen wie sexueller
329 Gesundheit, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität, Missbrauch, sexualisierter
330 Gewalt und Drogenkonsum können Schule und Familie nicht angemessen abdecken und oft
331 sind auch Ansprechpartner*innen außerhalb dieser gewünscht.

332

- 333 • **Finanzierung langfristig sichern:** Um die finanzielle und personelle Versorgung von
334 Beratungsstellen wie der Aidshilfe, pro familia, der Frauenberatungsstelle, der
335 Drogenhilfe und anderen zu sichern, müssen Kürzungen im sozialen Bereich
336 zurückgenommen werden. Die ausreichende Finanzierung muss darüber hinaus für
337 mehrere Jahre im Voraus zugesichert werden, um Planungssicherheit sowohl für Träger
338 und Angestellte als auch für die Kinder und Jugendliche herzustellen.
- 339
- 340 • **Diskriminierung von klein auf verhindern:** Rassismus, Queerfeindlichkeit und
341 Antisemitismus finden bei Jugendlichen häufig besonderen Anklang, da Rechte Akteure
342 Zukunftsängste nutzen um ihre menschenfeindliche Ideologie zu verbreiten. Über ein
343 ungefiltertes, weitgehend unreguliertes Medienangebot wird das noch weiter erleichtert.
344 Kostenlose Bildungsangebote zu kritischem Medienkonsum und Diskriminierung sollten

345 durch städtische Gelder unterstützt werden und wenn möglich in Schulen angeboten
346 werden.
347

348 Zeitgerechte Kinder-Tagesstätten

- 349 • **Kita Platz für alle:** Die Kleinsten erhalten keine angemessene Versorgung. Der
350 „rechtliche Anspruch“ auf einen KiTa-Platz ist immer noch für viele Familien nicht
351 realisierbar. Und um einen KiTa Platz wirklich zu garantieren müssen Eltern sich häufig
352 einen KiTa-Platz einklagen.
- 353 • **Ausreichend Personal:** Personalmangel führt nicht nur zu undankbaren
354 Arbeitsbedingungen. Wenn einzelne kranke Kolleg*innen ausfallen und nicht vertreten
355 werden können, müssen KiTas spontan schließen. Die Stadt Wuppertal muss die
356 Arbeitsbedingungen verbessern, um Fachpersonal zu binden und vor Burn-Out und
357 anderen Berufskrankheiten zu schützen. Dazu gehören außer ausreichend Personal zum
358 Beispiel wohnortnahe Arbeitsstätten, gute Verkehrsanbindung und angemessene
359 Ausstattung.
- 360 • **Kommunikation erleichtern:** Auch in der Kinderbetreuung hält der digitale Ausbau
361 Einzug. Eine einheitliche App für alle KiTas in Wuppertal kann die Kommunikation im
362 Team und mit den Eltern erleichtern.
- 363 • **Weiterbildungen:** Es sollen digitale Schulungen für alle Erzieher*innen angeboten
364 werden, um deren Verwaltungsaufwand zu reduzieren und ihnen mehr Zeit für die Arbeit
365 am Kind zu verschaffen. Gleichzeitig soll es regelmäßig verpflichtende Rückenfit-
366 Programme, Stresscoachings, sowie Gehörschutzmaßnahmen für Angestellte geben.
367 Dadurch können typischen Verletzungen durch die Arbeit in der KiTa vorgebaut werden,
368 womit Erzieher*innen auch länger im Beruf bleiben können.

369

370 Für den Abschluss der Ausbildung zum*zur Erzieher*in soll die Stadt ihren Auszubildenden
371 Wertschätzung zeigen, zum Beispiel einen Empfang zur Zeugnisübergabe anbieten. Um auch
372 Männer für den Beruf zu begeistern, sind Fortbildungen zu Geschlechtervorurteilen im Bereich
373 KiTa durchzuführen und Schnupperpraktika bei städtischen Kinderbetreuungen an Schüler zu
374 vermitteln. Nicht-städtische Träger (z.B. Studierendenwerk Wuppertal) sollen von der Stadt bei
375 der Raumsuche und der Eröffnung von neuen Betreuungsangeboten unterstützt werden.

376

377 Kinderarmut

378 Jede junge Person in Wuppertal muss dieselben Chancen haben, an der Gesellschaft zu
379 partizipieren.

380

381 *Niemand bleibt hungrig:*

- 382 • In der KiTa und in der Schule sollen alle Kinder ein gesundes Mittagessen erhalten, für
383 bedürftige Kinder und Jugendliche soll es kostenlos sein. Gerade für Kinder aus Armen
384 Verhältnissen ist die Mahlzeit in der Tageseinrichtung häufig die einzige Warme Mahlzeit,
385 die sie am Tag bekommen. Es muss deshalb garantiert werden, dass kein Kind hungrig
386 nachhause geht.

387

388 *Förderung von sozial Schwachen:*

- 389 • Es braucht für Kinder, die sozial benachteiligt sind (und zum Beispiel Sozialhilfe
390 empfangen) gesondert **kostenfreie Angebote**, wie zum Beispiel bei Musikschulen und
391 Sportvereinen. Wir sind zum Beispiel für eine Kostenübernahme für die Kursgebühr des
392 Landesprogramms: "NRW kann schwimmen". Bei der Schaffung von Freizeitangeboten
393 müssen auch die sozial benachteiligten Stadtteile berücksichtigt werden.
- 394 • Armutsgefährdete Familien können sich oftmals einen Besuch in Museen, Theater,
395 Schwimmbäder oder anderen öffentlichen Einrichtungen nicht leisten. Viele
396 Freizeitangebote sind privatwirtschaftlich organisiert und teilweise ziemlich teuer,
397 weshalb Kinder und Jugendliche aus finanziell benachteiligten Familien ausgeschlossen
398 werden. Die bestehenden Vergünstigungen erreichen nicht alle Betroffenen.
399 Wir wollen den **Sozialpass** mit den genannten Aspekten maßgeblich ausbauen. Dabei
400 muss der Sozialpass kommunalübergreifend und diskriminierungsfrei gestaltet sein –
401 also nicht nur für beispielsweise Bürgergeldempfänger*innen gelten.

402

403 Freizeitgestaltung

404 Als Partei mit hohem Anteil an jungen Menschen sehen wir uns in der Verantwortung, die
405 Probleme und Anliegen von Kindern und Jugendlichen in die Welt zu tragen und bei möglichen
406 Konflikten generationenübergreifend zu vermitteln. Kinder und Jugendliche müssen
407 selbstverständlich bei Entscheidungen, die sie betreffen, mit einbezogen werden.

408

409 *Orte zum öffentlichen aufhalten:*

- 410 • Wuppertal braucht mehr kostenlose, sichere sowie **konsumfreie Freizeitgestaltung** für
411 Kinder und Jugendliche. Ob Bildungseinrichtungen wie Theater und Museen oder
412 Sportstätten wie Plätze und Hallen: die Nutzung muss kostenlos sein und das Angebot
413 muss ausgeweitet werden.
- 414 • Auch Spielplätze für Kinder und öffentliche Aufenthaltsorte für Jugendliche müssen
415 erhalten, **bedarfsgerecht ausgebaut** und mit Toiletten ausgestattet werden. Des
416 Weiteren müssen neue Spielplätze so gebaut werden, dass sie eine intergenerationelle
417 Zusammenkunft ermöglichen.
- 418 • Wir wollen es zivilgesellschaftlichen Akteuren erleichtern, **vorhandene Orte für Kinder**

419 **und Jugendliche der Öffentlichkeit bereitzustellen.** Von Privatpersonen ungenutzte
420 Flächen oder Gebäude können so mit Leben gefüllt werden, zum Beispiel für
421 Waldausflüge oder Graffiti-Workshops.

- 422 • Außerdem möchten wir die **Bibliotheken zu lebendigen Orten weiterentwickeln**, an
423 denen man gerne Zeit verbringt. Gruppenarbeitsräume, Leseoasen, Vorlese- und
424 Erzählformate, Filmabende und interaktive Ausstellungen können dazu beitragen.
425 Zusätzlich müssen Bibliotheken modernisiert und ausgebaut werden, damit sie als
426 multifunktionale Einrichtungen genutzt werden können.

427

428 *Jugendzentren den Bedürfnissen von Jugendlichen anpassen:*

- 429 • Die Ausstattung von Jugendzentren muss modernisiert werden. Auch andere Freiräume
430 sowie Akteure, die Freizeitgestaltung für Jugendliche anbieten, wie das Medienprojekt
431 und der Jugendring dürfen nicht unter Kürzungen leiden, stattdessen braucht es mehr
432 finanzielle Unterstützung. Alle bisherigen Kürzungen müssen zurückgenommen werden.
- 433 • Offene Angebote in Jugendzentren wie zum Beispiel gemeinsames Kochen oder Kreativ-
434 Treffs bieten Freiraum für die Mitgestaltung durch die Besucher*innen des Angebots.
435 Zielgruppenspezifische Angebote bieten sichere Orte für zum Beispiel Mädchen, Jungs,
436 trans* Kinder und Jugendliche oder von Rassismus Betroffene, in denen sie sich in einem
437 geschützten Rahmen über ihre Identität und ihre gesellschaftliche Stellung austauschen
438 können.

439

440 *Wuppertaler Kultur erhalten*

- 441 • **AZ Bleibt an der Gathe:** Das Autonome Zentrum in Wuppertal muss als Freiraum
442 künstlerischer Gestaltung in der aktuellen Form erhalten bleiben. Es bietet einen Ort, in
443 dem junge Menschen sich ihrer Selbstwirksamkeit bewusstwerden und neue
444 Fähigkeiten erwerben. Die von den Aktivist*innen geschaffenen Strukturen ermöglichen
445 ihnen eine autonome Bewirtschaftung und Gestaltung ihres Aufenthaltsortes, was in der
446 aktuellen Gesellschaftsordnung nicht selbstverständlich ist. Bei einem Wechsel des
447 Standorts und der Räumlichkeiten sind die Voraussetzungen für das Autonome Zentrum
448 so unvorhersehbar, dass ein großer Teil der Autonomie und des Engagements der
449 Aktivist*innen verloren gehen könnte - ein unschätzbare Verlust für die Entwicklung der
450 Stadt und ihrer Bewohner*innen!

451

452 **Umfeld zuhause**

453 Jedes Kind, jede*r Jugendliche hat das Recht auf ein sicheres heimisches Umfeld. Die Zunahme
454 von häuslicher Gewalt ist besorgniserregend und wir müssen mit aller Kraft dagegenwirken.

- 455 • **Missbrauch erkennen:** Mitarbeitende in Schulen und anderen Einrichtungen müssen
456 gefördert und geschult werden, um möglichen Missbrauch zu erkennen, damit

457 Betroffene möglichst schnell in ein sicheres Umfeld gebracht werden. Um diese
458 Unterbringung zu gewährleisten, müssen Jugendämter entlastet und die
459 interkommunale Zusammenarbeit erleichtert werden.

- 460 • **Zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, die von**
461 **Gewalt betroffen sind:** Es braucht den dringenden Ausbau der stationären Jugendhilfe
462 und ähnlichen Einrichtungen. Dort muss die Autonomie und Selbstbestimmung der
463 Jugendlichen größer werden und die einzelnen dort angebotenen Programme müssen
464 trans-/queersensibel gestaltet werden.

465 Schule und Bildung

466 Im Mittelpunkt unseres Programms stehen die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die in
467 den Bildungseinrichtungen Wuppertals leben und lernen. Unser Ziel ist ein gerechteres
468 Bildungssystem. Dazu gehören, dass wir gemeinsames Lernen und Integration fördern. Armut
469 als Bildungshemmnis stellen wir uns entgegen.

470 Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, Schulen als eigenständige Einheiten zu stärken und ihre
471 wertvolle Arbeit zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommune ihre Mittel
472 bestmöglich nutzt, um alle Bildungseinrichtungen weiter zu fördern. Die folgenden Punkte
473 haben wir in Zusammenarbeit mit Akteur*innen aus der Praxis als konkrete Schritte entwickelt.

474 Wir werden weiter mit Schüler*innen, Eltern, Lehrer*innen, Schulleiter*innen und
475 Gewerkschaften in Kontakt bleiben, um ihren Anliegen mit unseren Stimmen im Stadtrat und
476 den Bezirksvertretungen Gehör zu verschaffen.

477 Schulalltag

- 478 • **Ganztag für Alle:** Ab 2026 gilt das Anrecht auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen.
479 Wir werden weiter daran arbeiten, dass das in Wuppertal standortnah garantiert werden
480 kann. Perspektivisch setzen wir uns für einen gebundenen Ganztag ein, um
481 Bildungschancen gerechter zu gestalten. Kurzfristig fördern wir zudem den Ausbau von
482 offenen Ganztagsangeboten auch an weiterführenden Schulen. Das soll garantieren,
483 dass allen Schüler*innen ein sicheres Lernumfeld geboten werden kann.
- 484 • **Förderung nach der Schule:** Auch Schüler*innen außerhalb des offenen Ganztags
485 sollen, Lernräume, Hausaufgaben-Betreuung und weitere, Angebote wie
486 Lesepatenschaften oder AGs zur garantiert werden. Häufig gibt es schon einige dieser
487 Angebote, diese sollen aber maßgeblich in Hinblick auf das Wohlbefinden und die Förderung
488 der Kinder ausgebaut, sowie stärker gefördert werden.
- 489 • **Mensa:** Mit leerem Magen lernt es sich nicht gut. Wir wollen, dass kein Kind hungrig
490 bleibt. Dazu gehört, dass es in allen Kitas und Schulen ein gesundes und bezahlbares
491 Mittagessen für alle Kinder gibt.
492 Schüler*innen müssen genügend Räumlichkeiten gegeben werden, in denen gegessen
493 werden kann. Gleichzeitig muss aber auch garantiert werden, dass in jeder Einrichtung
494 frisch gekocht werden kann. Wir wollen mit den Schulen in Kontakt kommen, um zu
495 erörtern, wie das für jede Schule am besten räumlich und organisatorisch umzusetzen
496 ist. Sozialhilfe-Empfänger*innen sollen durch den Sozialpass ein kostenloses
497 Mittagessen bekommen.

498 Gerechtigkeit im Schulsystem

- 499 • **Gesamtschule als Standard:** Das dreigliedrige Schulsystem zementiert ungleiche
500 Bildungschancen. Wir begrüßen daher die Einrichtung einer siebten Gesamtschule in
501 Wuppertal. Weil der Andrang für Gesamtschulen danach wahrscheinlich immer noch
502 nicht gedeckt ist, soll auch direkt der Bau einer achten Gesamtschule geprüft werden.
- 503 • **Das derzeitige Bildungssystem gerechter gestalten:** Das Derzeitige dreigliederte
504 Bildungssystem spaltet unsere Gesellschaft. Insbesondere Haupt- und Realschulen
505 brauchen dringend besser Ausstattung, um sie bei ihren Herausforderungen zu
506 unterstützen. Auch an Gymnasien sollen alle Schüler*innen die für sie richtige
507 Förderung erhalten. Oft scheitern etwa die Kinder von zugewanderten Eltern an der
508 Sprachbarriere. Oder Geflüchtete müssen die Schulform wechseln, obwohl sie im
509 Herkunftsland ein hohes Leistungsniveau gewohnt waren. Das ist frustrierend für die
510 Kinder, fördert soziale-Spannungen, -Ungleichheit und kann nicht im gesellschaftlichen
511 Interesse liegen.
- 512 • **Niemanden zurücklassen:** Ein Schlüssel für eine gute Zusammenarbeit im Bereich
513 Inklusion und Integration ist die Frage der Verteilung der Schüler*innen auf die Schulen.
514 Während es an manchen Stellen kleinere Klassen mit wenig Unterstützungsbedarf gibt,
515 platzen andere Klassen aus allen Nähten. Das beginnt mit den Grundschulen und setzt
516 sich in den Sekundarstufen fort. Wir werden uns für eine gerechte Verteilung einsetzen.
517 Es soll auf **kleine Klassengrößen** geachtet werden, wobei nicht nur die Zahlen, sondern
518 auch die Bedarfe der einzelnen Schüler*innen berücksichtigt werden. Jede Schüler*in
519 soll einen Platz an einer Schule bekommen, die die Kapazitäten hat, auf die individuellen
520 Bedarfe – z. B. im Bereich des gemeinsamen Lernens oder der Sprachförderung –
521 bestmöglich einzugehen.

522 Multiprofessionelle Teams

- 523 • **Mehr als nur akademische Bildung:** Gemeinsames Lernen heißt, dass Kinder nicht nur
524 verwaltet werden, sondern an den Schulen ein Umfeld vorfinden, dass sie in
525 bestmöglicher Weise fördert und unterstützt. Wir setzen uns für den Ausbau
526 multiprofessioneller Teams ein, die gemeinsames Lernen gestalten. Vor allem sollen an
527 den Schulen Stellen für Fachpersonal, d. h. Sozialarbeiter*innen, Pädagog*innen und
528 Erzieher*innen, geschaffen und so ausgestaltet werden, dass sie für Fachkräfte attraktiv
529 sind. Als Inklusionshelfer*innen sollen darüber hinaus weitere geeignete Person
530 angestellt werden. Außerdem sollen sozialpsychologische Beratungsangebote, die allen
531 Schüler*innen offenstehen, weiter gefördert werden.
- 532 • Zu diesen Teams sollen zusätzliche Verwaltungs- und Bürofachkräfte (Sekretariate)
533 gehören. Bei den Sekretariatsstellen ist Wuppertal im NRW-Vergleich besonders
534 schlecht aufgestellt – dabei leisten gerade diese Kräfte unfassbar wichtige Arbeit.
535 Angesichts des Ausbaus von gemeinsamem Lernen wird die Arbeitslast zusätzlich
536 steigen. Hier muss sich dringend etwas ändern.
- 537 • **Diversität Fördern:** Im Sinne einer erfolgreichen Integration von Sprachanfänger*innen
538 sollen ausgebildete Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache
539 an die Schulen geholt werden. Da Schüler*innen nach Migrations- und
540 Fluchterfahrungen oft vor besonderen Herausforderungen stehen, sollen auch hier

541 zusätzliche Fachkräfte (z. B. Sozialarbeiter*innen) unterstützen. Zusätzlich soll es ein
542 Anrecht darauf geben, die Muttersprache in der Schule weiter lernen zu können.

543 Sanierung

544 So, wie sich Schulen weiterentwickeln, so befinden sich auch der Anspruch an Schulgebäude in
545 einem ständigen Transformationsprozess. Bei vielen Schulen besteht dringender
546 Sanierungsbedarf. Es muss effizient und durchdacht saniert werden. Die Kommune muss dafür
547 die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Dazu gehört auch, dass von Bund und Land zur
548 Verfügung gestellte Mittel abgerufen und bedarfsgerecht eingesetzt werden. Wir setzen uns
549 dafür ein, dass die einzelnen Schulen von Anfang an die entsprechenden Prozesse eingebunden
550 werden.

- 551 • **Modernisierung:** Die Schulen benötigen multifunktionale Räume, ausgestattet mit
552 vielfältigen Materialien. Bei der Umgestaltung muss berücksichtigt werden, dass
553 Schulen auch als Stadtteilzentren und Orte der Erwachsenenbildung genutzt werden
554 könnten.
- 555 • **Barrierefreiheit:** Es ist essenziell, dass sowohl neue als auch bestehende Schulgebäude
556 barrierefrei gestaltet werden und dass diese Barrierefreiheit auch konstant gegeben ist.
557 Allen Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften muss gleichberechtigter Zugang zu
558 Bildungseinrichtungen ermöglicht werden.
- 559 • **Priorisierung der Marodesten Schulen:** Die Gesamtsanierung der Else-Lasker-Schüler
560 Gesamtschule muss prioritär behandelt werden. Die andauernde Verzögerung und das
561 hin und her bezüglich einer Interimslösung sind katastrophal für die Schüler*innen und
562 die Lehrkräfte. Wir werden uns auch weiterhin mit Nachdruck für eine schnelle
563 Sanierung der Else einsetzen und wollen.

564 Digitalisierung

565 Wir begrüßen, dass die Wuppertal Schulen mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet sind und
566 Endgeräte für Schüler*innen und Lehrer*innen zur Verfügung stehen. Wo dies noch nicht der Fall
567 ist, muss mit hoher Priorität nachgearbeitet werden. Wir werden darauf achten, dass die Stadt
568 nicht aus dem Blick verliert, dass diese Geräte auch aufgesetzt, gewartet und kaputte Geräte
569 ersetzt werden müssen.

- 570 • **Wert auf Nachhaltigkeit:** Bei allen nötigen Neuanschaffungen muss darauf geachtet
571 werden, dass nur Geräte angeschafft werden, die langfristig genutzt werden können.
572 Auch die Administration und Wartung müssen sichergestellt werden. Die Aufgabe der
573 Digitalisierungsbeauftragten darf nicht länger von Lehrer*innen „nebenbei“ erwartet
574 werden. Stattdessen müssen eigens dafür vorgesehene Dauerstellen eingerichtet
575 werden. Für die zentrale Administration der Geräte müssen ebenfalls zusätzliche Stellen
576 geschaffen werden.
- 577 • **Software:** Die Nutzung von Software in Bildungseinrichtungen müssen überdacht
578 werden. Es braucht einen Dialog mit den Schulen, um festzustellen, welche Software vor
579 Ort tatsächlich gebraucht wird. Statt nur teure Angebote von privatwirtschaftlichen
580 Unternehmen einzukaufen – die teilweise nicht einmal den Bedarfen an Schulen
581 entsprechen – soll die Stadt sammeln, welche Lizenzen benötigt werden und diese
582 langfristig finanzieren. Als Linke setzen wir uns außerdem dafür ein, dass

583 Bildungseinrichtungen vermehrt auf Open Source Lösungen eingesetzt werden. Dadurch
584 werden Schulen unabhängiger vom Profitinteresse der Großkonzernen.

- 585 • **Medien in den Schulalltag einbauen:** Wir setzen uns dafür ein, zentrale Leitlinien für ein
586 Mediennutzungskonzept zu entwickeln. Dadurch soll sichergestellt werden, dass
587 Software und Hardware nicht einfach nur angeschafft, sondern sinnvoll in den
588 Bildungsalltag integriert wird. Zudem wollen wir das Thema Medienbildung für
589 Lehrer*innen und Schüler*innen mit kommunalen Angeboten stärken, damit jede*r die
590 Technik auch anwenden kann.
- 591 • **Schutz vor Sozialen Medien:** Wir fordern, dass der Kritische Umgang mit Medien bei der
592 Bildung beachtet wird. Dafür soll es Kurse geben, in denen Jugendliche lernen, wie sie
593 von Algorithmen beeinflusst werden und wie sie sich durch kritische Nachforschung von
594 reißerischen, potenziell gefährlichen, Inhalten schützen können. Die Kurse sind auch
595 nach der Schule noch relevant, deshalb sollen sie auch für Erwachsene angeboten
596 werden.

597 Schutzkonzepte

- 598 • **Kein Platz für Diskriminierung:** Schulen müssen ein sicherer Ort sein. Dafür gibt es an
599 den Schulen Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt. Wir wollen das ausweiten:
600 Zukünftig sollen es auch Schutzkonzepte geben, die ein klares Vorgehen im Fall von
601 Mobbing sowie rassistischer, ableistischer und sexistischer Diskriminierung regeln. Für
602 den Entwicklungsprozess soll es einen Austausch zwischen den Schulen geben, um
603 Kompetenzen zu bündeln. Wuppertaler Schulen können damit auf einer gemeinsamen
604 Grundlage aufbauen, die lediglich individuell angepasst werden muss.

605 Mobilität und Kultur

- 606 • **Sozialpass:** Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Schüler*innen in Wuppertal am
607 öffentlichen Leben innerhalb und außerhalb des Schulsystems, teilnehmen können. Alle
608 bedürftigen Schüler*innen (also aus sozial benachteiligten Familien) sollen deshalb
609 einen Sozialpass erhalten. Dieser soll maßgeblich weiter gehen, als er es momentan tut.
610 Unter den erweiterten Sozialpass fällt eine kostenfreie Nutzung von ÖPNV, sowie Kultur-
611 und Bildungsangeboten. Das ermöglicht Teilhabe und wirkt Armut als Bildungshemmnis
612 entgegen.
- 613 • **Anbindung verbessern:** Gerade für Schüler*innen an Kollegs und Abendschulen stellt
614 die ÖPNV-Nutzung einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe dar, bei dem sie im Vergleich zu
615 Studierenden an der Universität bisher schlechter gestellt sind. Es muss eine bessere
616 Absprache mit den Stadtwerken geben, damit alle Schulen zu Stoßzeiten ausreichend
617 angebunden sind. Zusätzlich soll es mehr Fahrradstellplätze an Schulen geben, damit
618 Schüler*innen auch individuell zur Schule kommen können.

619 Zusammenarbeit der Schulen

- 620 • **Oberstufenzentren:** Als Linke wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Schulen
621 möglich machen, indem wir Plattformen zur Vernetzung schaffen und Hürden auf
622 kommunaler Ebene abbauen. Dafür braucht es Oberstufenzentren, die Schulen für
623 gemeinsame Ausflüge, Exkursionen oder Weiterbildungen koordinieren. Schulen mit
624 gymnasialer Oberstufe können dadurch auch besser zusammenarbeiten, um zum

625 Beispiel gemeinsame Leistungskurse zu bilden. Auch Bereichen Berufsbildung,
626 politische Bildung und Medienbildung wollen durch solche Kooperationen gefördert
627 werden.

628 Ausbildung

- 629 • **Mehr Zusammenarbeit von Behörden:** Trotz angeblichem Mangel an Bewerber*innen
630 suchen viele Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem
631 sehr viele und sehr unterschiedliche Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als
632 helfen. Das Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen
633 ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen. Hier will linke Kommunalpolitik die
634 kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur, BiZ und kommunale
635 Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen zentralen
636 Anlaufpunkt erhalten.
- 637 • **Bessere Repräsentation:** Wir fordern, dass die Stadt noch mehr tut, um Menschen mit
638 Behinderungen in Ausbildungen zu bringen. Marginalisierte Menschen jeglicher Form
639 müssen gefordert werden, damit die Gesellschaft in unserer Arbeitswelt widergespiegelt
640 wird. Bei Menschen mit Behinderung ist die Diskrepanz am Arbeitsmarkt trotz einiger
641 Bemühungen immer noch am größten.

642 Weiterbildung...

- 643 • **...In allen Berufsfeldern:** Wir fördern die Volkshochschule als örtliches, wohnortnahes
644 Zentrum für Weiterbildung. Das Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, wobei
645 ein besonderes Augenmerk angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung auf die
646 politische Bildung und Medienbildung gerichtet werden muss. Wir setzen uns dafür ein,
647 dass die Kommune Mittel für die Weiterentwicklung des Angebots zur Verfügung stellt.
- 648 • **...Bezahlbar machen:** Die Bergische VHS sowie andere Weiterbildungseinrichtungen
649 müssen ausreichend gefördert werden. Wir setzen uns für die tariftreue Entlohnung alle
650 Beschäftigten ein. Außerdem müssen geeignete Räume sowie Materialien zur Verfügung
651 stehen. Dabei dürfen die Gebühren für die Bürger*innen nicht steigen. Ach soll es
652 Bildungsgutscheine für bedürftige geben, um unser Ziel umzusetzen, allen Bürger*innen
653 Zugang zu Weiterbildungs-Angeboten zu ermöglichen.
- 654 • **... Führt zu Integtration:** Sprach- und Integrations-Kurse sollen zugänglicher und einfach
655 mehr werden. Dadurch werden Migrant*innen und Zugezogenen Türen geöffnet, um in
656 die Gesellschaft aufgenommen und in ihr aktiv zu werden. Auch das Nachholen von
657 Schulabschlüssen soll durch ein höheres Teilnahmeendgeld gefördert werden.

658 Kultur öffnet Räume – für Begegnung, Vielfalt und Zusammenhalt

659 Kultur ist kein Beiwerk, sondern ein zentraler Bestandteil einer lebendigen, solidarischen
660 Stadtgesellschaft. Sie prägt unser Zusammenleben, gestaltet öffentliche Räume, verbindet
661 Menschen unterschiedlicher Herkunft – und bietet gerade in Krisenzeiten Halt, Ausdruck und
662 Perspektive.

663 Kultur in Wuppertal soll Räume schaffen: für Begegnung und Selbstermächtigung, für Erinnern
664 und Visionieren, für Kritik und Fantasie. Deshalb ist sie Teil öffentlicher Daseinsvorsorge – und
665 muss auch so behandelt werden.

666 Zugang schaffen – Teilhabe ermöglichen

667 Teilhabe an Kunst und Kultur ist ein Menschenrecht. Doch für viele Menschen in Wuppertal
668 bleibt sie strukturell erschwert – durch Armut, Barrieren oder fehlende Angebote in der
669 Nachbarschaft. Kultur gehört nicht nur in die Zentren, sondern in jedes Viertel. In die
670 Bibliotheken, Jugendzentren und auf die Plätze dieser Stadt. Ob in der Stadtteilbibliothek
671 Uellendahl, im Haus der Jugend in Barmen, dem Loch im Elberfeld oder im Wichernhaus –
672 kulturelle Teilhabe beginnt vor Ort, im Alltag.

673 Wir schaffen echte Zugänge, indem wir:

- 674 • Museen und Ausstellungen regelmäßig kostenfrei öffnen, mindestens einmal im Monat
675 für alle;
- 676 • Theater und Konzerte für Menschen mit geringem Einkommen, Schüler:innen,
677 Studierende, Rentner:innen und Azubis zugänglich machen – ohne Eintritt;
- 678 • musische Bildung für Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien
679 ausbauen, z. B. über das Bildungs- und Teilhabepaket; kulturelle Bildung in Kitas,
680 Schulen und der Jugendarbeit verankern – von Anfang an.

681 Wer Kultur mitgestalten will, soll das können – unabhängig von Geldbeutel oder Herkunft. Wir
682 fördern Räume, in denen Menschen ihre Geschichten erzählen, Musik machen, gemeinsam
683 gestalten.

684 Kultur fördern – nicht kürzen

685 Wuppertal braucht Kultur – nicht als Prestige, sondern als Lebensqualität. Doch was seit Jahren
686 geschieht, ist das Gegenteil: Kürzungen, Unsicherheit, Schließung. Während für die
687 Bundesgartenschau Millionen eingeplant sind, kämpfen Kulturinitiativen ums Überleben.

688 Wir sagen klar: BUGA darf nicht gegen Kultur ausgespielt werden.

689 Wir machen Kulturpolitik, die Perspektiven schafft:

- 690 • Wir fordern bestehende Einrichtungen dauerhaft abzusichern, ob Bibliotheken, Theater,
691 das Stadtarchiv, das Autonome Zentrum oder Musikschulen. Dazu zählen Orte wie die
692 Börse, das TiC-Theater oder das Café Ada – Zentren kulturellen Lebens, die Raum für
693 Musik, Theater, Tanz und politische Bildung bieten.
- 694 • Wir entwickeln das Pina-Bausch-Zentrum zu einem offenen Ort, an dem Archiv, Bühne,
695 Bürger:innenforum und internationale Tanzkunst zusammenfinden – im
696 denkmalgeschützten Schauspielhaus, das nicht länger verfallen darf. Auch
697 Einrichtungen wie das Von der Heydt-Museum und der Skulpturenpark Waldfrieden
698 müssen in einer zukunftsorientierten Kulturplanung mitgedacht werden.
- 699 • Wir öffnen leerstehende Räume für Proben, Ausstellungen, Kulturprojekte – und helfen
700 der freien Szene bei der Suche nach Orten.
- 701 • Wir entwickeln einen Kulturentwicklungsplan, der transparent macht, wer Förderung
702 erhält, wo Räume fehlen, welche Schwerpunkte die Stadt braucht.

703 Kulturpolitik heißt: fördern, was Menschen verbindet. Und sichern, was ohne Markt keinen Ort
704 hätte.

705 Kulturschaffende absichern – Vielfalt stärken

706 Wer Kultur schafft, darf nicht in Armut leben. Ob Musikerin, Theaterpädagoge,
707 Bildungsreferentin oder Chorleiter – viel zu viele arbeiten prekär. Wir sorgen dafür, dass sie
708 sicher arbeiten können – und dass kulturelle Vielfalt nicht an Förderkriterien scheitert.

709 Wir setzen uns ein für:

- 710 • tarifgebundene Arbeitsverhältnisse im Kulturbereich,
- 711 • Festanstellungen an Schulen, Musikschulen und der VHS statt prekären Honoraren,
- 712 • geschlechtergerechte Vergabe von Stellen in Kultureinrichtungen,
- 713 • mehr Diversität in Leitungspositionen – Menschen mit internationaler
714 Familiengeschichte sollen nicht nur im Publikum, sondern auch in
715 Entscheidungspositionen sichtbar werden.

716 Kulturarbeit ist kein Ehrenamt. Sie ist Arbeit – und verdient Sicherheit, Respekt und
717 Planungsspielraum.

718 Perspektiven schaffen – Ideen fördern

719 Wuppertal braucht Formate, die Menschen zusammenbringen – ohne Eintrittsschranken. Wir
720 unterstützen die Idee eines „Umsonst & Draußen“-Festivals, bei dem lokale Bands,
721 Künstler:innen und Initiativen sichtbar werden. Sollte es an Förderung scheitern, setzen wir auf
722 eine solidarische Preisstruktur, die niemanden ausschließt.

723 Kultur heißt für uns: Bühne frei für die Stadtgesellschaft. Wir stärken selbstverwaltete Räume,
724 alternative Kulturorte und offene Formate. Gemeinsam mit Gruppen wie der linksjugend [‘solid]
725 Linksjugend oder dem Autonomen Zentrum wollen wir neue Ideen ermöglichen – nicht
726 kontrollieren.

727 Erinnerungskultur bewahren – Denkmäler schützen

728 Kulturpolitik ohne Erinnerung ist hohl. Wuppertal hat eine reiche Geschichte des Widerstands,
729 der Migration, der sozialen Kämpfe – und viele Orte dieser Geschichte sind gefährdet oder
730 vergessen.

731 Wir fordern konkret:

- 732 • den Erhalt des Schauspielhauses, nicht nur als Ort für Tanz, sondern auch für
733 städtisches Gedächtnis;
- 734 • denkmalgeschützte Gebäude wie den Ottenbrucher Bahnhof und die Stadthalle, bevor
735 sie verfallen;
- 736 • eine lebendige, kritische Erinnerungskultur, die Kolonialismus, Faschismus und die
737 Kämpfe von unten sichtbar macht.

738 Wir stehen an der Seite der Initiativen, die sich um Gedenken kümmern – und sorgen für
739 dauerhafte Förderung statt symbolischer Worte.

740 Wer Kultur als Luxus behandelt, zerstört Teilhabe. Wer sie schützt, öffnet Räume für alle.
741 Wuppertal braucht Mut zur Vielfalt – und die Mittel, sie zu fördern.

742 Kultur ist kein Zusatz, sie ist Voraussetzung für ein solidarisches Leben in der Stadt.

743 Wir gestalten sie gemeinsam.

744 Wir schützen Menschen, deshalb das Klima

745 Wir, die in Wuppertal leben, erfahren seit Jahren Extremwetterereignisse, steigende
746 Temperaturen, zerstörte Lebensräume – die Klimakrise ist längst in Wuppertal angekommen.

747 Wir fordern, was die Verwaltung längst weiß! Denn:

748 Wer leidet am meisten? Nicht die, die auf den grünen Hügeln, sondern Menschen in Vierteln, die
749 eng bebaut sind, wenig Grün haben, wenige Frischluftschneiden.

750 Die Stadt weiß das. Sie hat Klimaziele formuliert, Konzepte entwickelt, Beteiligungsformate
751 gestartet. Doch zwischen Diagnose und Umsetzung liegt ein gefährliches Zögern.

752 Wir fordern, was die Stadt längst erkannt hat – aber nicht entschlossen genug verfolgt.

753 Wir stehen für eine Politik, die ökologische Verantwortung mit sozialer Gerechtigkeit verbindet.
754 Eine Politik, die den Mut hat, jetzt zu handeln – weil die Zeit drängt und halbe Lösungen keine
755 Sicherheit schaffen.

756 Unser Ziel ist eine klimaresiliente Stadt, in der Menschen geschützt sind – nicht nur vor Hitze
757 und Hochwasser, sondern auch vor den sozialen Verwerfungen der Klimakrise.

758 Wir zeigen: Es geht. Und es geht besser gemeinsam.

759 Was die Stadt sagt – und was wir fordern

760 *Klimaneutralität bis 2035*

761 Die Stadt sagt: Wuppertal soll bis 2035 klimaneutral werden.

762 Wir sagen: Dieses Ziel braucht Rückgrat. Ohne verbindliche Maßnahmen, öffentliche Kontrolle
763 und soziale Absicherung bleibt es ein Papiertiger. Klimaneutralität ist nur möglich, wenn
764 Energieversorgung, Verkehr und Stadtentwicklung dem Gemeinwohl dienen – nicht dem Profit.

765 *Begrünung und Hitzeschutz*

766 Die Stadt sagt: Dächer sollen begrünt, Hitzeinseln entschärft und ein Hitzeaktionsplan
767 entwickelt werden.

768 Wir sagen: Gut so – aber das reicht nicht. Wir fordern ein konsequentes
769 Entsiegelungsprogramm, die Renaturierung versiegelter Flächen und essbare Wohnquartiere mit
770 öffentlichen Nutzpflanzen. Begrünung darf nicht Symbolpolitik sein – sie muss Teil eines Plans
771 für eine klimaresiliente Stadt sein.

772 *Bürger:innenbeteiligung*

773 Die Stadt sagt: Klimaschutz braucht Beteiligung. Quartiersprojekte und Reallabore sollen Ideen
774 entwickeln.

775 Wir sagen: Beteiligung heißt nicht: „Macht Vorschläge, wir schauen mal.“ Beteiligung heißt:
776 Machtübertragung, Mitbestimmung, Mitverantwortung. Wir wollen demokratische Prozesse auf
777 Augenhöhe – in denen auch kritische Stimmen, soziale Gerechtigkeit und klare Verpflichtungen
778 Raum bekommen.

779 *Energieversorgung und soziale Gerechtigkeit*

780 Die Stadt sagt: Der Ausbau erneuerbarer Energien ist wichtig – insbesondere auf städtischen
781 Gebäuden.

782 Wir sagen: Ja – aber Strom muss bezahlbar bleiben. Wir fordern einen Strom-Sozialtarif, ein
783 Verbot von Stromsperrern und die Rückführung der Energieversorgung in öffentliche Hand.
784 Energie ist ein Menschenrecht – keine Ware.

785 *Photovoltaik auf städtischen Neubauten*

786 Die Stadt sagt: Es braucht ein Solardachkataster und mehr PV-Anlagen.

787 Wir sagen: Wir fordern eine Photovoltaik-Pflicht für alle geeigneten städtischen Neubauten.
788 Außerdem müssen Parkplätze mit Solardächern nachgerüstet werden – durch
789 Energiegenossenschaften statt Konzerne. Jede öffentlich genutzte Fläche muss Teil der
790 Energiewende werden.

791 *Schutz vor Starkregen und Überflutungen*

792 Die Stadt sagt: Frühwarnsysteme und Starkregenkarten werden entwickelt.

793 Wir sagen: Gut – aber zu spät reicht nicht. Wir fordern Entsiegelung, Renaturierung von
794 Fließgewässern und das Anlegen von weiteren Rückhalteflächen. Im Hochsommer 2025
795 kämpfen wir nicht nur um Stimmen, sondern auch um Sicherheit. Wuppertal darf bei der
796 nächsten Flut nicht wieder überrollt werden.

797 *Bundesgartenschau (BUGA 2031)*

798 Die Stadt sagt: Die BUGA ist ein städtebauliches Highlight mit nachhaltigen Effekten.

799 Wir sagen: Die BUGA ist ein ökologischer Rückschritt. Alte Wälder zu roden, um ein
800 Prestigeprojekt durchzusetzen, ist das Gegenteil von Klimaschutz. Wir sagen: BUGA so nicht! –
801 und fordern echte Investitionen in bestehende Grünflächen, statt PR-Gartenbau.

802 *Tierschutz und Artenvielfalt*

803 Die Stadt sagt: Artenschutz ist wichtig – Biodiversität soll erhalten bleiben.

804 Wir sagen: Dann handelt auch so. Keine Pestizide in kommunalen Flächen, keine Zirkustiere,
805 keine Reptilienbörsen. Dafür mehr Biotope, verbindende Lebensräume und kommunale
806 Programme zur Rückkehr bedrohter Arten. Auch Tiere brauchen Schutzräume.

807 *Öffentliche Räume als essbare Stadt*

808 Die Stadt sagt: Begrünung ist ein wichtiges Mittel der Klimaanpassung.

809 Wir sagen: Begrünung reicht nicht – wir wollen nützliche Bepflanzung. Öffentliche Flächen
810 sollen mit Obst- und Nutzpflanzen bepflanzt werden, frei zugänglich für alle. Die Stadt der
811 Zukunft ist essbar, solidarisch und widerständig.

812 *Klimaschutz braucht Systemwechsel*

813 Die Stadt sagt: Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

814 Wir sagen: Ja – aber nicht unter kapitalistischen Verhältnissen. Wer Profite über
815 Lebensgrundlagen stellt, verhindert echte Lösungen. Klimaschutz braucht
816 Gemeinwohlorientierung, demokratische Kontrolle und Mut zur Veränderung. Wir fordern
817 Profiteure zur Kasse, wer die größten Emissionen erzeugt soll auch den größten Anteil der
818 Klimafolgeanpassungsmaßnahmen tragen. Der Markt regelt gar nichts – wir schon.

819 Die Stadt hat die Krise erkannt. Doch Erkenntnis allein schützt keine Menschen, keine Bäume,
820 keine Lebensgrundlagen. Was fehlt, ist Entschlossenheit. Was fehlt, ist soziale Gerechtigkeit.
821 Was fehlt, ist der Mut, alte Strukturen zu verlassen und neue Wege zu gehen.

822 Für besseren Klimaschutz brauchen wir eine kommunale Kreislaufwirtschaft,
823 Ressourcensparsamkeit und Recyclingkonzepte sowie eine dezentrale Energieversorgung. Mit
824 der Circular Valley Bewegung und dem Wuppertal Institut haben wir große Akteure dieser
825 Themen vor Ort.

826 Wir fordern nicht weniger als eine klimaresiliente Stadt. Eine Stadt, die alle mitnimmt – und
827 niemanden zurücklässt. Eine Stadt, die nicht länger zögert, sondern handelt.

828 Wer Klimapolitik nur denkt, wird verlieren. Wer sie macht, verändert alles.

829 Gemeinsam können wir Wuppertal schützen, gestalten, verwandeln – ökologisch, solidarisch,
830 gerecht.

831 Für eine gerechte, ökologische und zukunftsfähige Verkehrswende in 832 Wuppertal. Fußgänger:innen und nachhaltige Mobilität fördern

833 Der Autoverkehr dominiert nach wie vor das Stadtbild Wuppertals. Staus, schlechte Luftqualität
834 und gefährliche Straßenverhältnisse mindern die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt.
835 Fußgänger:innen, Radfahrende und Nutzer:innen des öffentlichen Nahverkehrs werden
836 systematisch benachteiligt. Angesichts des Klimawandels müssen wir dies ändern! Unser Ziel ist
837 eine gerechte, umweltfreundliche, sozial verantwortliche und zukunftsfähige Mobilität für alle –
838 nicht nur für Klima und Umwelt, sondern auch, damit es für alle Nutzer:innen bequemer und
839 kostengünstiger wird.

840 Wir alle, auch die Rad- und Autofahrenden unter uns, sind Fußgänger:innen – und das Tag für
841 Tag! Deshalb stehen für uns die zu Fuß Gehenden im Mittelpunkt: Wir wollen den Verkehrsraum
842 neu aufteilen – und zwar so, dass sich auch Fußgänger:innen und Radfahrende sicher und
843 bequem durch Wuppertal fortbewegen können.

844 Fußgänger:innenfreundliche Verkehrsführung

- 845 • **Anpassung der Ampelschaltungen:** Ampelsysteme bevorteilen noch immer den
846 motorisierten Verkehr, während zu Fuß Gehende lange Wartezeiten hinnehmen müssen.
847 Das ist nicht nur ungerecht, sondern gefährlich. Wir fordern eine Anpassung der
848 Ampelschaltungen zugunsten von Fußgänger:innen mit kürzeren Wartezeiten und
849 längeren Grünphasen.
850
- 851 • **Diagonale Ampeln:** An größeren Kreuzungen muss viel stärker als bisher auch der Einsatz
852 diagonalen Ampeln in Erwägung gezogen werden. So würde vermieden, dass man immer
853 auf zwei separate Grünphasen nacheinander angewiesen ist, wenn man die Kreuzung in
854 entsprechender Richtung überqueren möchte.
855
- 856 • **Einsatz von KI-gesteuerten Ampeln:** Smarte Ampelsysteme ermöglichen eine
857 bedarfsgerechte Steuerung des Verkehrsflusses und berücksichtigen schwächere
858 Verkehrsteilnehmende. Die Stadtverwaltung hat bereits entsprechende Initiativen
859 gestartet, die wir unterstützen und praktisch umsetzen möchten. Damit könnten auch die
860 sogenannten „Bettel-Ampeln“, die erst durch Fußgänger:innen betätigt werden müssen,
861 bevor sie für diese auf Grün schalten, endlich der Vergangenheit angehören: KI-gesteuerte
862 Ampeln würden sofort erkennen, wenn ein Mensch herannaht und selbsttätig darauf
863 reagieren, ohne dass hierzu eine extra Anforderung nötig wäre. Wir setzen uns für den
864 Einsatz KI-gesteuerter Ampeln ein, die Verkehrsteilnehmer:innen erkennen und
865 dynamisch auf den Bedarf reagieren können.

- 866 • **Durchgängige Bürgersteige:** Nach dem Vorbild der Niederlande wollen wir vor allem an
867 vielbefahrenen Kreuzungen und Einmündungen durchgängige Bürgersteige einführen.
868 Durchgängige Bürgersteige sind baulich leicht erhöhte Überquerungswege in
869 Bürgersteighöhe, so dass Fußgänger:innen (und Rollstuhlfahrende) an dieser Stelle
870 keinen Höhenunterschied überwinden müssen, um die Straße zu überqueren – und vor
871 allem: so dass zukünftig nicht länger die Fußgänger:innen warten müssen, bis sie die
872 Straße überqueren dürfen, sondern die Autofahrenden warten müssen, bis sie den
873 Bürgersteig überqueren dürfen.

- 874 • **Super-Block:** Der Autoverkehr muss so geleitet werden, dass es keine Abkürzung
875 darstellt, durch Wohnquartiere oder Innenstadtbereiche mit Geschäften und
876 Gastronomie zu fahren. Die Luisenstraße ist hier ein gutes Vorbild: Schon vor Langem
877 wurde die Verbindung zur Brüller Straße gekappt, sodass Autofahrer:innen, die nicht
878 sowieso dorthin wollen, kaum noch Motivation haben, in diesen Bereich einzufahren.
879 Nach diesem Prinzip funktioniert auch der sogenannte „Super-Block“, der beispielsweise
880 schon in Leipzig mit Erfolg praktiziert wird: An zentralen Knotenpunkten eines Quartiers,
881 die für abkürzende Autofahrer:innen entscheidende Bedeutung haben, werden die
882 Verbindungen gekappt (etwa in Form von Pollern), sodass das Befahren dieser Straße für
883 die Autofahrenden keine Abkürzung mehr darstellt und mithin die Motivation dazu entfällt.
884 Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Wuppertal „Super-Blocks“ eingeführt werden.

- 885 • **Die Stadt als Bürger:innenforum:** Die Einrichtung der Stadt bestimmt über die
886 Möglichkeiten ihrer Nutzung! Zum einen braucht es in regelmäßigen Abständen
887 Sitzgelegenheiten, die von Senior:innen und allen anderen Menschen für einen kurzen
888 Aufenthalt genutzt werden können. Zum anderen müssen diese Sitzgelegenheiten in ihrer
889 Anordnung so gestaltet sein, dass es den dort sitzenden Menschen erleichtert wird,
890 miteinander in Kommunikation zu treten. Der letzte Punkt gilt ganz genauso auch für Parks
891 und öffentliche Plätze.

892 Mehr autofreie Innenstädte und lebenswerte Quartiere

- 893 • **Ausweitung von Fußgängerzonen:** Viele Stadtteile sind durch Autoverkehr überlastet,
894 während der öffentliche Raum für Menschen fehlt. Wir fordern die konsequente
895 Ausweitung von Fußgängerzonen, insbesondere in Stadtteilzentren wie der Kaiserstraße
896 in Vohwinkel. Das Luisenviertel soll vollständig autofrei werden. In Vohwinkel sollen
897 Schritte und Versuche in Richtung einer autofreien Zone auf der Kaiserstraße in der
898 Umgebung der Endstation W-Vohwinkel Schwebobahn unternommen werden.

- 899 • **Einrichtung von Anliegerstraßen:** Um den Durchgangsverkehr zu reduzieren, müssen
900 außerhalb der Zentren mehr Anliegerstraßen eingerichtet werden.

- 901 • **Regulierung von E-Rollern:** E-Roller werden oft auf Gehwegen abgestellt und behindern
902 Fußgänger:innen. Hier muss die Stadt entsprechende Abstellflächen ausweisen, die für
903 die Nutzer:innen gut ersichtlich sind, damit ihnen die Rücksichtnahme leichter fällt und
904 E-Roller nicht mehr so häufig auf Gehwegen geparkt werden, wo sie nicht nur stören,
905 sondern spätestens dann, wenn Fußgänger:innen auf die Straße ausweichen (müssen),
906 sogar gefährlich werden können.

907 Sicherheit durch Temporeduzierung

- 908 • **Einführung neuer Tempo-30-Zonen:** Raserei gefährdet insbesondere Kinder, ältere
909 Menschen und mobilitätseingeschränkte Personen. Trotzdem gibt es in Wuppertal
910 viele Straßen mit unnötig hohen Geschwindigkeitsbegrenzungen. Wir fordern die
911 konsequente Einführung neuer Tempo-30-Zonen, insbesondere an gefährlichen
912 Knotenpunkten wie der Morianstraße (Platz am Kolk) und der Carnaper Straße (Alter
913 Markt).
- 914 • **Flächendeckendes Tempo 30:** Innenstädtisch soll Tempo 30 die Regel und Tempo 50
915 die Ausnahme sein.

916 ÖPNV für alle: sozial und leistungsfähig

- 917 • **Einführung eines Bürger:innentickets für alle:** Wuppertals ÖPNV ist teuer, oft
918 unattraktiv und gerade am Stadtrand schlecht ausgebaut. Wer kein Auto hat, ist oft
919 auf lange Wege und Wartezeiten angewiesen. Wir fordern ein Bürger:innenticket für
920 den ÖPNV für alle Wuppertaler:innen, das nicht extra gekauft werden muss, sondern
921 durch ein an die Grundsteuer B angelehntes Modell umlagefinanziert wird.
- 922 • **Ausweitung der Nachtbusverbindungen:** Nachtfahrten sind oft nur am Wochenende
923 möglich, sodass Menschen an Wochentagen nachts auf das Auto angewiesen sind.
924 Wir fordern, dass die Nachtexpresse montags bis freitags einmal pro Stunde fahren.
- 925 • **Bedarfsorientierter Ausbau des Busnetzes:** In vielen Randgebieten fahren Busse
926 nur selten oder gar nicht. Wir fordern einen bedarfsorientierten Ausbau des
927 Busnetzes, auch in dünn besiedelten Gebieten. Die Profitabilität darf nicht das
928 Hauptkriterium für den Betrieb von Liniensein.
- 929 • **Widerstand gegen rein digitale Tickets:** Der Trend geht zunehmend in die Richtung,
930 Fahrkarten nur noch rein digital anzubieten und Fahrkartenautomaten oder sogar im
931 Papierformat ausgehängte Fahrpläne durch nur online via Smartphone zugängliche
932 Alternativen zu ersetzen. Dies ist nicht nur für Senior:innen, sondern auch für Kinder
933 im Grundschulalter von Nachteil – davon, dass auch einfach mal der Akku leer sein
934 kann, ganz zu schweigen. Wir setzen uns für den Erhalt analoger Angebote neben
935 digitalen Angeboten ein, damit alle Menschen gleichberechtigt am öffentlichen
936 Personenverkehr teilnehmen können.

937 Infrastruktur für den Radverkehr massiv ausbauen

938 Vor dem Hintergrund des Klimawandels und zugunsten der Menschen in unserer Stadt
939 muss es attraktiver werden, zu Fuß zu gehen oder das Fahrrad oder den ÖPNV anstelle
940 des Autos zu nutzen: **Mit Fahrrad, Bus und Bahn zu fahren, muss Spaß machen!**
941 Spätestens seit es E-Bikes gibt, ist dies auch für die bergische Metropole Wuppertal nicht
942 mehr nur ein hehrer Anspruch, sondern tatsächlich auch ein realistisches Ziel. Und wenn
943 viele Menschen aufs Fahrrad umsteigen, fördert dies auch die Gesundheit und entlastet
944 so ganz nebenbei unser Gesundheitssystem. Für den Radverkehr müssen die
945 Bedingungen so ausgestaltet werden, dass sich auch erfahrene Fahrer:innen angenehm
946 und gefahrlos durch Wuppertal bewegen können. Davon würde die gesamte Gesellschaft
947 profitieren – einschließlich der Autofahrer:innen.

- 948 • **Ausbau sicherer Radwege:** Radfahrende werden in Wuppertal noch immer an den
949 Rand gedrängt, und es gibt viel zu wenig sichere Radwege. Sicherheit bedeutet hierbei
950 konkret: Abbau von Sichtbarrieren; für Radfahrende muss vor allem in Kurven

951 genügend Ausweichräume zur Verfügung stehen, der durch Poller oder zumindest
952 durch Schraffierung klar gekennzeichnet ist. Und damit diese nicht zugeparkt werden,
953 müssen die Ordnungsbehörden dies überwachen und bei entsprechenden Verstößen
954 auch sanktionieren. Wir fordern einen schnellen Ausbau sicherer Radwege, die vom
955 Autoverkehr getrennt sind.

956 • **Einführung von Fahrradstraßen und kombinierten Bus- und Radspuren:** Um den
957 Radverkehr sicherer zu machen, sollen kombinierte Bus- und Radspuren ausgewiesen
958 sowie flächendeckend Fahrradstraßen eingeführt werden.
959 • **Radwege in Ost-West-Richtung:** Wir stimmen nicht mit dem Ansatz mancher
960 überein, den Radverkehr statt über die B7 nur nördlich der Wupper entlang zu leiten.
961 Zusätzlich zu dem Radweg entlang etwa der Hünefeldstraße und des Hardtufer stellt
962 für uns durchaus auch die B7 eine zu fördernde Strecke für Radfahrende dar. Aktionen
963 mit Pop-up-Radwegen in Kooperation mit Fridays for Future haben gezeigt, dass es
964 durchaus möglich ist, an Stellen mit zu schmaler Straßenbreite den Verkehr auch
965 einspurig zu führen. Diese Alternative braucht es auch deshalb, weil das Hardtufer in
966 seiner Verkehrsführung viel zu unsicher ist. Hier braucht es konsequente Kontrollen,
967 damit hier nicht zu große Fahrzeuge parken, die die Sicht blockieren und Räume enger
968 machen. Ferner wäre eine Umkehrung der Fahrtrichtung überlegenswert – was auch
969 aus Sicht der Autofahrenden Sinn ergibt, da auf der anderen Seite der B7 auch noch
970 die Wittensteinstraße in Fahrtrichtung Barmen nutzbar ist. Darüber hinaus muss der
971 Hauptbahnhof mit dem Fahrrad besser erreichbar werden – vor allem von der
972 Westseite her braucht es dringend einen einfachen und sicheren Zugangsweg.

973 • **Radwege in Nord-Süd-Richtung:** Die Verkehrsführung für Radfahrende in Ost-West-
974 Richtung kann vielleicht noch als unzureichend und lückenhaft beschrieben werden –
975 in Nord-Süd-Richtung ist sie praktisch nicht existent. Beispielsweise am Robert-
976 Daum-Platz als zentralem Verkehrsknotenpunkt in Elberfeld-West scheint die
977 Querung für Fahrräder überhaupt nicht vorgesehen zu sein. Das wollen wir ändern! Wir
978 fordern einen Ausbau von Radwegen entlang *aller* wesentlichen Verkehrsachsen und
979 Wegstrecken in Wuppertal – und zwar so, dass sich auch unsichere Fahrer:innen
980 gefahrlos und bequem darauf fortbewegen können.

981 • **Ausbau von Radschnellwegen:** Gut ausgebaute Radschnellwege haben das
982 Potenzial, das Mobilitätsverhalten zu verändern. Wir fordern den Ausbau weiterer
983 Radschnellwege entlang bestehender Verkehrsachsen und stillgelegter Bahntrassen.
984

985 • **Sichere und gut vernetzte Fahrradparkhäuser sowie Ladeinfrastruktur für E-
986 Bikes:** Radfahrer:innen brauchen sichere Abstellmöglichkeiten, besonders an ÖPNV-
987 Knotenpunkten. Die Zahl der Diebstähle von Fahrrädern, insbesondere von teuren E-
988 Bikes, nimmt zu. Zudem fehlen an vielen Stellen geeignete Ladepunkte für E-Bikes.
989 Wer sein Fahrrad nicht sicher abstellen oder aufladen kann, wird es seltener als
990 alltägliches Verkehrsmittel nutzen. Wir fordern den Ausbau von Fahrradparkhäusern
991 an Bahnhöfen und zentralen Umsteige-punkten, verbunden jeweils mit einer
992 Ladestation für E-Bikes. Jede größere Haltestelle und jede Mobilstation soll über
993 ausreichend überdachte und gesicherte Abstellmöglichkeiten verfügen.

994 • **Zielstrebige Umsetzung beschlossener Projekte und effizientere Nutzung der
995 Fördermittel des Landes NRW:** Das Land NRW fördert neue Radinfrastruktur mit bis
996 zu 95% Kostenerstattung. Dies stellt eine erfreuliche Ausnahme vom ansonsten leider
997 üblichen finanziellen Ausbluten der Kommunen dar. Leider wurden diese Fördermittel
998 in der Vergangenheit nicht umfänglich genug in Anspruch genommen. Dies hängt auch

999 damit zusammen, dass viele Maßnahmen zum Fahrradverkehr in der
1000 Mobilitätsplanung der Stadt Wuppertal beschlossen und dann nie umgesetzt werden
1001 – was völlig verständlicherweise zu Frust und Unverständnis auf Seiten der hier
1002 lebenden Menschen führt. Wir wollen die Förderung des Landes NRW mehr und
1003 gezielter nutzen – und damit Maßnahmen, die zum Teil längst beschlossen sind, auch
1004 endlich in die Tat umsetzen!

1005 Weniger Autos, mehr Platz für Menschen

- 1006 • **Erhöhung der Parkgebühren für SUVs:** SUVs und große Autos nehmen überproportional
1007 viel Platz in unseren Städten ein und verursachen mehr Emissionen als nötig. Wir fordern
1008 höhere Parkgebühren für SUVs nach dem „Pariser Modell“.
- 1009 • **Mehr Bürgerbeteiligung in der Verkehrsplanung:** Die Stadt Wuppertal erprobt beim
1010 Parkraumkonzept Nordstadt ein Beteiligungsverfahren mit Informationsveranstaltungen
1011 und Online-Beteiligung. Solche Formate sind jedoch selten und oft nur projektbezogen.
1012 Wir fordern regelmäßige und verbindliche Beteiligungsverfahren für alle wesentlichen
1013 Verkehrsplanungen, etwa durch Bürgerversammlungen, Online-Plattformen und
1014 Workshops. Verkehrsprojekte müssen frühzeitig mit Bürger:innen abgestimmt werden,
1015 um Transparenz, Akzeptanz und bedarfsgerechte Lösungen zu sichern.

1016 Bauen und Stadtentwicklung: Wuppertal sozial und ökologisch 1017 gestalten

1018 Wohnen ist ein Menschenrecht – kein Spekulationsobjekt

1019 In Wuppertal steigen die Mieten, während tausende Wohnungen leer stehen. Investor:innen
1020 machen Profite, während Menschen aus ihren Vierteln verdrängt werden. Wir kämpfen für eine
1021 Stadtentwicklung, die den Menschen gehört – nicht dem Kapital. Eine Stadt, die solidarisch,
1022 ökologisch und demokratisch gestaltet wird.

1023 *Bezahlbaren Wohnraum schaffen – statt Leerstand für Profit*

1024 Bezahlbarer Wohnraum ist in Wuppertal Mangelware. Die Stadt hat die Möglichkeit, Leerstand
1025 zu nutzen und den Wohnungsbau selbst in die Hand zu nehmen. Deshalb fordern wir:

- 1026 • Schaffung eines kommunalen Leerstandkatasters: Durch die Einführung einer
1027 Zweckentfremdungssatzung kann die Stadt effektiv sowohl gegen Leerstand als auch
1028 gegen Kurzvermietungsmodelle vorgehen. Abbruch, Leerstand und Nutzungsänderung
1029 sind anzeige- und genehmigungspflichtig und können untersagt werden. Die Einführung
1030 eines Leerstandskatasters macht ihn nicht nur sichtbar, sondern vereinfacht Eingreifen
1031 bis hin zu Enteignungen.
- 1032 • Enteignung von spekulativem Leerstand: Wer Wohnraum aus spekulativen Gründen
1033 leerstehen lässt, muss enteignet werden. Leerstand muss erfasst und über ein
1034 kommunales Leerstandskataster öffentlich gemacht werden.
- 1035 • Kommunaler Wohnungsbau statt Investorenprofite: Wuppertal muss selbst bauen! Die
1036 städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG muss ausgebaut werden, um dauerhaft
1037 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- 1038 • Sozialquote für Neubauten erhöhen: Jedes Bauprojekt muss zu mindestens 30 %
1039 sozialen Wohnraum beinhalten – ohne Ausnahmen und ohne zeitliche Begrenzung der
1040 Bindung.

- 1041 • Zwangssanierung statt Verwahrlosung: Wer Häuser absichtlich verfallen lässt, um sie
1042 teurer zu verkaufen, soll per Gesetz zur Sanierung verpflichtet werden.
- 1043 • Barrierefreiheit als Standard: Kein Neubau ohne behindertengerechte Planung! Auch
1044 Sanierungen müssen Barrierefreiheit wo möglich gewährleisten. Stadtplanung muss
1045 allen Altersgruppen zugänglich sein – keine Plätze, die nur über Treppen erreichbar sind.
- 1046 • Wohnraum für alle sichern: Besonders schutzbedürftige Gruppen wie Geflüchtete,
1047 Wohnungslose, Menschen mit Behinderungen, Azubis und Studierende brauchen
1048 direkten Zugang zu Wohnraum. In vielen Städten brechen Auszubildende ihre Lehre ab
1049 oder pendeln stundenlang – das darf in Wuppertal nicht geschehen!
- 1050 • Förderung von Umnutzung: Leerstehende Gebäude sollen durch Genossenschaften,
1051 KMU, Sozialprojekte oder Selbstständige umgenutzt werden können. Die Stadt muss
1052 solche Vorhaben finanziell und bürokratisch unterstützen – auch durch Überdenken des
1053 Denkmalschutzes in Einzelfällen.
- 1054 • Spielräume für sozialen Wohnungsbau erweitern: Verwaltungsvorgaben müssen im
1055 Sinne der sozialen Ziele interpretiert werden – auch durch "brauchbare Illegalität" im
1056 Sinne des Gemeinwohls. Ausnahmegenehmigungen für soziale Projekte müssen
1057 erleichtert werden.

1058 Zusammenfassung: Die Linke fordert: Enteignung von spekulativem Leerstand, kommunalen
1059 Wohnungsbau, höhere Sozialquote bei Neubauten, Zwangssanierungen, Barrierefreiheit,
1060 gesicherten Wohnraum für benachteiligte Gruppen, Förderung von Umnutzung leerstehender
1061 Gebäude und Verwaltungsvereinfachung zugunsten sozialen Wohnraums.

1062 Spekulation mit Boden stoppen – Stadtentwicklung in öffentliche Hand

1063 Boden gehört allen! Der Verkauf von kommunalem Land an Investor:innen muss gestoppt
1064 werden. Wir fordern:

- 1065 • Bodenvergabestopp an Privatinvestor:innen: Keine städtischen Grundstücke mehr an
1066 Immobilienhaie!
- 1067 • Rückkauf von privatisierten Flächen: Boden, der einst der Stadt gehörte, muss zurück in
1068 öffentliche Hand.
- 1069 • Vergabe nur an gemeinwohlorientierte Projekte: Statt Deals mit Investor:innen braucht
1070 es gezielte Förderung von Genossenschaften und kommunalen Bauprojekten.
- 1071 • Besitzverhältnisse diversifizieren: Die Stadt soll ihren Einfluss nutzen, um
1072 Monopolbildungen wie bei Vonovia vorzubeugen – auch durch das Vorkaufsrecht.
- 1073 • Alternative Räume verteidigen: Das Autonome Zentrum Wuppertal muss bleiben! Linke
1074 und alternative Kulturzentren müssen gestärkt werden.
- 1075 • Brachliegende Gewerbeflächen neu nutzen: Statt neue Flächen zu versiegeln, wollen wir
1076 alte Industrieflächen nachhaltig erschließen.
- 1077 • Nachhaltige Gewerbeflächenplanung: Neue Flächen müssen sozialen und ökologischen
1078 Kriterien standhalten.

1079 Zusammenfassung: Wir fordern: keine Grundstücksverkäufe an Investor:innen, Rückkauf alter
1080 Flächen, Vergabe nur an gemeinwohlorientierte Projekte, Schutz alternativer Räume,
1081 nachhaltige Nutzung von Brachflächen und gerechte Planung neuer Gewerbegebiete.

1082 Stadtentwicklung für die Menschen – demokratisch, ökologisch, sozial

1083 Wir wollen eine Stadt, die für die Menschen geplant wird, nicht für Konzerne. Das heißt:

- 1084 • Bürger:innen bestimmen mit! Das Bürgerbudget muss ausgebaut werden. Die
1085 Talbeteiligung muss weiterentwickelt werden.
- 1086 • Bürgerräte in jedem Viertel: Diese sollen die Bezirksvertretungen beraten und
1087 demokratische Teilhabe stärken.
- 1088 • Freiflächen erhalten, statt sie zuzubauen! Die Marper Wiesen sind nur ein Beispiel für
1089 zerstörte Grünflächen. Wir kämpfen für den Erhalt und Ausbau von Parks.
- 1090 • Keine Bebauung des Böhler Hofs! Wir lehnen die Bebauung dieser wertvollen Grünfläche
1091 ab.
- 1092 • Öffentliche Räume für alle gestalten: Beleuchtung, Sitzgelegenheiten, Barrierefreiheit –
1093 öffentlicher Raum muss inklusiv sein. Dasselbe gilt auch für Aufenthaltsräume wie
1094 Plätze, Innenhöfe oder Stadtplätze.
- 1095 • Die 15-Minuten-Stadt verwirklichen: Stadtplanung muss darauf abzielen, dass alle Dinge
1096 des täglichen Bedarfs (Supermarkt, Bäcker, Schule etc.) fußläufig in 15 Minuten
1097 erreichbar sind. Das bedeutet: gemischte Wohnquartiere, Verknüpfung von Wohnen,
1098 Arbeiten, Freizeit und Mobilität.
- 1099 • **Obdachlosigkeit wirksam bekämpfen: Obdachlosigkeit ist keine individuelle Schuld,
1100 sondern das Ergebnis falscher Sozialpolitik. Wir setzen auf langfristige Lösungen statt
1101 kurzfristiger** Notmaßnahmen. „Housing First“ ausbauen und mit anderen Kommunen
1102 vernetzen. Wohnungslose Menschen sollen direkt eine eigene Wohnung erhalten,
1103 anstatt nur in Notunterkünften untergebracht zu werden. Wuppertal muss sich mit
1104 anderen Städten austauschen, um bewährte Modelle zu übernehmen. Mobile
1105 Hilfsangebote für Menschen auf der Straße schaffen: Kältehotline und Wärme- bzw.
1106 Kältebusse für den Winter und heiße Sommermonate. Fahrzeug mit Duschen als
1107 niedrigschwelliges Hygieneangebot. Mehr und bessere Notschlafstellen: Kapazitäten
1108 müssen bedarfsgerecht erweitert und bestehende Unterkünfte verbessert werden.

1109 Zusammenfassung: Wir wollen: mehr Bürgerbeteiligung, Bürgerräte in jedem Viertel, Schutz von
1110 Grünflächen, Erhalt öffentlicher Räume und die 15-Minuten-Stadt für mehr Lebensqualität.

1111 Großprojekte demokratisch und nachhaltig gestalten

1112 Immer wieder sollen Prestigeprojekte umgesetzt werden, ohne dass die Bürger:innen wirklich
1113 beteiligt sind. Wir fordern:

1114 • Verbindliche Bürger:innenbeteiligung: Großprojekte dürfen nicht über die Köpfe der Menschen
1115 hinweg entschieden werden. Bürger:innen müssen verbindlich mitentscheiden können.

1116 • Keine Privatisierung öffentlicher Flächen! Großprojekte dürfen keine Legitimation für teure
1117 Neubauten oder Flächenverkäufe bieten.

1118 • Umweltgerechte und nachhaltige Umsetzung: Großprojekte müssen langfristig ökologisch und
1119 sozial sinnvoll sein – keine Prestigeobjekte.

1120 • Transparente Finanzierung: Öffentliche Gelder müssen gerecht und nachvollziehbar verteilt
1121 werden.

1122 Zusammenfassung: Wir fordern verbindliche Beteiligung, keine Privatisierung, Nachhaltigkeit bei
1123 Großprojekten und eine transparente Finanzierung öffentlicher Mittel.

1124 Sozial-ökologischer Umbau – Wuppertal fit für die Zukunft machen

1125 Der Klimawandel betrifft uns alle – aber nicht alle gleich. Wir brauchen eine gerechte
1126 Klimapolitik:

- 1127 • Soziale Wärmewende: Energetische Sanierungen dürfen nicht zu Mieterhöhungen
1128 führen. Öffentliche Förderung nur bei Mietpreisbindung!
- 1129 • Klimaschutz sozial gestalten: Ökologisches Bauen darf kein Luxus sein – alle müssen
1130 Zugang zu nachhaltigen Wohnungen haben.
- 1131 • Klimaresiliente Stadtplanung: Begrünte Dächer, Regenrückhaltebecken,
1132 Versickerungsflächen, Notfallpläne bei Starkregen – Wuppertal muss sich vorbereiten.
- 1133 • Begrünung von Straßen und Gebäuden: Besonders in der Innenstadt müssen
1134 Möglichkeiten zur Begrünung ausgeschöpft werden. Experimente wie in Barcelona
1135 zeigen, wie stark sich Temperaturen in Hitzeperioden senken lassen – das ist auch
1136 gesundheitspolitisch dringend geboten.
- 1137 • BuGa – so nicht! Die geplante Bundesgartenschau birgt vor allem hohe finanzielle und
1138 ökologische Risiken für die Stadt. Statt auf ein sozial-ökologisch nachhaltiges Konzept zu
1139 setzen, das Stadtentwicklung im Sinne der Erreichung der kommunalen Klima-Ziele in
1140 den Mittelpunkt denkt, wie es Die Linke fordert, bediente der Rat der Stadt Investoren-
1141 Interessen. Wir fordern daher die Kündigung der Verträge mit dem Investor und eine
1142 Absage dieser Bundesgartenschau.

1143 Zusammenfassung: Wir setzen uns ein für: soziale Wärmewende, gerechte Klimapolitik,
1144 klimaresiliente Stadtplanung und Begrünung gegen Hitze.

1145 Stadtentwicklung neu denken – vernetzt, inklusiv, solidarisch

1146 Alle Bereiche der Stadtentwicklung müssen miteinander verzahnt gedacht werden: Wohnen,
1147 Mobilität, Klimaschutz, Bildung, Kultur und Arbeit sind keine getrennten Felder. Nur durch
1148 ressortübergreifende Zusammenarbeit und eine multiperspektivische Herangehensweise kann
1149 eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Stadt entstehen.

1150 Zusammenfassung: Stadtentwicklung muss als Ganzes gedacht werden – nur vernetzt, inklusiv
1151 und solidarisch kann sie sozial und ökologisch gelingen.

1152 Unser Ziel: Eine Stadt für alle – nicht für Profite!

1153 Wuppertal braucht eine Stadtentwicklung, die Menschen nicht aus ihren Vierteln verdrängt,
1154 sondern ihnen ein gutes Leben ermöglicht. Spekulation muss gestoppt, Wohnraum gesichert,
1155 demokratische Teilhabe ausgebaut und Klimaschutz gerecht gestaltet werden. Wohnen ist kein
1156 Privileg – es ist ein Recht!

1157

1158 Wirtschaft, Arbeit und Nachhaltigkeit

1159 Die Linke steht für eine Wirtschaftspolitik, die von den Bedürfnissen der Menschen aus denkt.
1160 Wir wollen attraktive und sichere Arbeitsplätze für die Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger
1161 innerhalb der Stadtgrenzen Wuppertals. Unsere Mitmenschen sollten nicht weit pendeln
1162 müssen, sondern mit Hilfe von Fuß, Fahrrad oder ÖPNV schnell und sicher zu Ihrem Arbeitsplatz
1163 in und um Wuppertal gelangen.

1164 Außerhalb der eigenen Arbeit sollen die Wuppertaler eine bunte und abwechslungsreiche
1165 Ladenlandschaft vorfinden. Wir sind für lebhaftes, gut erreichbare und grüne Innenstädte, die
1166 neben bekannten Handelsketten auch einzigartige Ladenkonzepte und lokale Produkte bieten.
1167 Abgesehen davon sollten in den Quartieren alle Grundbedarfe gedeckt werden können.
1168 Lebensmittelhändler, Bäcker, Cafés und Friseure sollten für jeden Wuppertaler fußläufig
1169 zugänglich sein.

- 1170 • Stadtfeste ohne Konsumschwerpunkt sollen unsere Stadt wieder zusammenbringen.
- 1171 • Wettbewerbe zu einzigartigen Ladenkonzepten, innerstädtischen Gestaltungskonzepten
- 1172 und kulturellen Angeboten sollen unsere Stadt lebhafter und aufregender machen.
- 1173 • Gemeinnützige Unternehmen und Genossenschaften, die ohne Gewinnmotiv arbeiten,
- 1174 wollen wir fördern.
- 1175 • Die Kommunen sollen eine aktive Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen,
- 1176 wobei der Fokus auf sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und
- 1177 demokratischer Mitbestimmung liegt.
- 1178 • Öffentliche Betriebe, die dem Gemeinwohl dienen, sollen ausgebaut werden,
- 1179 insbesondere in den Bereichen Energieversorgung, Wohnen und Daseinsvorsorge.
- 1180 Genossenschaftliche Betriebe sollen gefördert werden.

1181 Eine gerechte und zukunftsfähige Beschäftigungspolitik für alle

1182 Die Arbeitslosenquote in Wuppertal geht langsam, aber sicher auf die 10 % zu. Viele Menschen
1183 leiden unter prekären Arbeitsbedingungen. Sie müssen sich von Befristung zu Befristung
1184 hangeln, werden schlecht bezahlt und können ihren Job nicht mit ihren Familien in Einklang
1185 bringen.

1186 Wir setzen uns für Arbeitsplätze ein, die den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht werden.
1187 Wir brauchen Jobs, die unbefristet sind, Existenzsicherheit bieten, sozial abgesichert sind,
1188 tariflich entlohnt werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

1189 Dafür müssen öffentliche Investitionen in soziale Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Verkehr und
1190 Infrastruktur gesteigert werden. Der öffentliche Dienst muss ausgebaut und digitalisiert werden.

- 1191 • Bei Gewerbegebieten muss die Qualität der Arbeitsplätze die Ansiedlung entscheiden.

1192 In den vergangenen Jahren wurden in vielen kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen trotz
1193 wachsender Aufgaben viele Stellen abgebaut. Dies hat zu einer Überlastung des öffentlichen
1194 Dienstes geführt, hohe Krankenstände verursacht und die Qualität der Daseinsvorsorge
1195 verschlechtert. Zudem ist Fachwissen in den Verwaltungen verloren gegangen. Gleichzeitig ist
1196 die Abhängigkeit von teuren externen Dienstleistern und Beratern gewachsen, besonders bei
1197 Bau- und Infrastrukturprojekten.

- 1198 • kein weiterer Stellenabbau im öffentlichen Dienst
- 1199 • unbefristete Übernahme von Auszubildenden
- 1200 • unbefristete Arbeitsverträge für alle im öffentlichen Dienst
- 1201 • Ausbau kommunaler Eigenbetriebe für die öffentliche Daseinsvorsorge
- 1202 • Stopp aller Ausgliederungen öffentlicher Aufgaben an private Dienstleister
- 1203 • keine Vergabe öffentlicher Aufträge ohne klare soziale und ökologische Vorgaben
- 1204 (Tarifbindung, faire Lieferketten, Umweltstandards)
- 1205 • keine Ausgliederung von Personalgesellschaften, um auf diese Weise die Löhne zu
- 1206 drücken.

1207 Um Bürgerinnen und Bürger in prekären Situationen weitergehend zu unterstützen, wird die
1208 Linke die Einführung eines Mindestlohnausweises prüfen. Bürgerinnen und Bürger, die unterhalb
1209 eines bestimmten Jahreseinkommens verdienen, sollen einen Mindestlohnausweis erhalten,
1210 der Ihnen eine vergünstigte Nutzung des ÖPNV und anderer städtischer Leistungen ermöglicht.

1211 Weiterhin werden wir eng mit Gewerkschaften, Betriebsräten und anderen Arbeitervereinigungen
1212 zusammenarbeiten, um sicherzugehen, dass die Belange der Erwerbstätigen immer eine starke
1213 und direkte Stimme im Stadtrat haben. Diese Zielsetzung werden wir auch durch

- 1214 Haustürgespräche und Infostände außerhalb der Wahlperioden vorantreiben, damit Bürgerinnen
1215 und Bürger immer eine Stimme in unserem politischen Handeln haben.